

54. Jahrgang

2-2021

€ 5,00

AUFSTEHEN!

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

Wer will
daß die Welt
so bleibt,
wie sie ist,
der will nicht,
daß sie
bleibt!

Erich Fried (1921 – 1988)

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Wie ein Edelweiß den Krieg überlebte
- 4** *Hans Hubbertz*
Die Dienstgemeinschaft und das Nein von Caritas und Diakonie zum Tarifvertrag in der Altenpflege

SCHWERPUNKT:

Aufstehen! Demokratie von unten

- 5** *Wilhelm Neurohr*
Bürgerrat – ein Demokratie-Experiment
- 6** *Rolf Euler*
Initiativen von unten – Politik von oben?
- 7** *Stefan Hochstadt*
Wem gehört die Stadt? (K)ein neuer Versuch
- 8** *Holger Schulze-Engemann*
Wir wollen Wald
- 9** *Ernst Belter*
Kraftwerk, Kapital und Karriere
- 10** *Wolfgang Dominik*
Ein Stuhl bleibt leer – Deutschland fehlt.
- 11** *Marion Lillig*
Ver - lagert und vergessen
- 13** *Heiko Koch*
Die Jugendrevolte '81 in Bochum
- 15** *Robert Bosshard*
Über das Vertrauen in die Veränderbarkeit der Verhältnisse
- 16** *Peter Strege*
Brief an eine(n) noch unbekannte(n) Freund(in)
- 17** *Viktoria Waltz*
Die „Vulnerable Gruppe“ braucht eine neue Perspektive
- 18** *Uwe Becker*
Postpandemische Normalität: Zurück, wohin?
- 19** *Irene Rasch-Erb*
Volkskunst? Heimatkunst? Kitsch?
 oder: Was tummelt sich hier im deutschen Wald?
- 20** *Dagmar Wolff*
Ruth Weiss: Kämpferin gegen Unrecht – Schriftstellerin gegen Vergessen

1wurf

- 21** *Ralf Syring*
„Denkt nicht, dass sie euch so sehr lieben.“
 Kollektive Erinnerung während der Pandemie?

Menschenorte 48

- 22** *Rolf Euler / Hartmut Dreier*
Marianne Wodarczak auf neuem Weg

Palästina

- 23** *Israelische Jüdinnen und Juden – Mai/Juni 2021*
Aufruf zum „Stopp der israelischen Apartheid!“

Impressum ...	Seite 12
Abo-Bestellschein ...	Seite 15
Lesetipps ...	Seiten 5, 12, 18, 19, 21, 23
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 14
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Liebe *AMOS*-Lesende,

AMOS konnte und wollte nie auf den Punkt aktuell sein, aber die aktuellen Probleme, die unser Motto „Aufstehen“ als Thema der „Demokratie von unten“ beflügelt haben, wollten wir nicht umgehen. Denn der Spruch von Erich Fried (100. Geburtstag) mahnt immer noch und immer wieder, dass die Welt nicht so bleiben darf, wie sie geworden ist. Das Wahljahr 2021 kann schon jetzt als ein besonderes gelten: Ende der Ära Merkel, Eruptionen im etablierten Parteiensystem und immer noch Corona mit allen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Dazu weltweit ungelöste Konflikte, befeuert durch die Rüstungsindustrie, Kriege, Hunger und Migrationsbewegungen.

Ein „Weiter so“ kann und soll es nicht geben. Klima und Corona haben es wieder eindrücklich gezeigt: Alles hängt mit Allem zusammen. Der Ruf nach mehr gesamtgesellschaftlicher Beteiligung und Einmischung wird lauter.

AMOS hat einigen dieser aktuellen Bewegungen und Strategien nachgespürt. Bürger und Bürgerinnen wollen mitdenken, mitmachen und die Gestaltung der Zukunft nicht allein gewählten Vertretern und Vertreterinnen überlassen. „Demokratie von unten“ eben.

Über die vielfältigen Initiativen aus den Bereichen Verkehr, Umwelt, Frieden und Demokratie berichten unsere Autor*innen, aber auch über die Frage, wie wohl lokale Aktionen die Verhältnisse weltweit ändern können. Viele Jugendliche haben es mit der Fridays for Future Bewegung vorgebracht und die Politik vorgeführt. Ein anderes Beispiel für den Versuch, Druck von unten auf Politiker*innen auszuüben, sind „Wahlprüfsteine“, zu denen politische Mandatsträger und -trägerinnen demnächst in Fragerunden und Wahlveranstaltungen eingeladen werden sollen. Zum Beispiel: wie wollen wir wohnen, wie den Umbau des autolastigen Verkehrs zu klimafreundlichen Alternativen schaffen, über Umgang mit der Natur und der Artenvielfalt, Rüstungsindustrie, Friedens- und Sicherheitspolitik und unsere Verantwortung für Fluchtgründe von Menschen, deren Ressourcen wir ausbeuten. Einen Wahlprüfstein „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ haben wir auf S. 6 ins Heft gebracht, mehr unter <https://forumdrv.de/wahlen/wahlpruefsteine-fragen-zur-bundestagswahl-2021/>.

Aktuell ist auch die Bewegung gegen die Krankenhausschließungen zu unterstützen! Aus Platzgründen können wir nur auf folgende Webseite verweisen: http://www.gemeingut.org/wp-content/uploads/2021/03/gib_taz_beilage12.03.2021_WEB_040321.pdf

Corona hat zudem bestätigt, was immer schon galt: Schütz nur für die, die ihn teuer bezahlen können. Und dann gibt es noch einige in diesem Land, die sich in einer Pandemie die eh schon vollen Taschen füllen. Der Unmut der jeweiligen Parteifreunde über die Täter galt eher dem Verlust von Prozentpunkten in der Wählergunst, weitere Folgen gab es nicht. Selbst wenn das im September vielleicht schon vergessen ist, bleiben doch die Initiativen von unten weiter am Ball.

AMOS auch!

Unser Arbeitsthema für Heft 3|21: HOFFUNG

Hermann Schulz

Wie ein Edelweiß den Krieg überlebte

Weil ich häufig mit Polen hier in Wuppertal zu tun habe und gut mit ihnen auskomme, fiel mir in diesen Tagen eine Szene aus meiner Kindheit ein. Sie hat mit dem ersten Polen in meinem Leben zu tun, aber auch mit meinem Vater, einem Missionar in den 30er Jahren am Tanganjikasee in Ost-Afrika. Mühsam errichtete er in einem verlassenen Ort sein Haus, Dachstuhl und Möbel von eigener Hand. Bald klagten ihm die Einheimischen, dass Löwen und Leoparden eine wahre Plage waren. Die Frauen auf den Feldern wurden angefallen, vor allem aber auch die Kinder, die oft vom Dorfplatz von den Raubkatzen weggeholt wurden.

Mein Vater war der einzige weit und breit, der ein Gewehr besaß, zugleich war er ein leidenschaftlicher Jäger. (In seiner Heimat im Wendland hatte er wegen Wilderei schon einige Wochen im Gefängnis gesessen. Aber davon hatte seine Missionsgesellschaft keine Ahnung!) Die Afrikaner waren dankbar, dass dieser Weiße bereit war, sie von den gefährlichen Raubtieren zu befreien.

Durch einen Artikel im Blatt der Neukirchner Mission hatte ein polnischer Händler aus Oberhausen namens Wischinski über meinen Vater und seine Jagden gelesen. Er schrieb ihm nach Ostafrika und bot seine Partnerschaft an, die kostbaren Felle zu vermarkten. Ein schwunghafter Handel über mehrere Jahre kam zustande.

Der polnische Partner brachte es fertig, die Felle über Belgien einzuführen, günstig zu vermarkten und, in der Nazi-Zeit keine Kleinigkeit, die Devisen nach Ostafrika zu schicken. Welche Tricks er dazu benutzte, ist mir verborgen geblieben. Nun war mein Vater immer in Geldschwierigkeiten; seine Missionsgesellschaft war arm. So musste er z.B. seinen Plan, eine Versuchsfarm zu gründen, jahrelang wegen Geldmangels verschieben. Oft kam sein Gehalt aus Deutschland verspätet an oder um die Hälfte reduziert. Denn diese Missionsgesellschaft zahlte nur das, was an Spenden eingegangen war.

Wischinski und mein Vater sind sich nie persönlich begegnet. Von dem Geld, das der polnische Partner schickte, baute mein Vater eine Schule oder kaufte seiner schönen Frau ein Kleid. Außerdem waren Kinder zu versorgen, Medikamente für kranke Afrikaner mussten finanziert werden. Zwischen dem Polen und dem Missionar entwickelte sich über das Geschäftliche hinaus eine Freundschaft, ein reger Briefwechsel, auch über Privates. Offenbar geschah alles in gegenseitigem Vertrauen.

Mein Vater starb auf der Heimreise 1938, kurz nach meiner Geburt. Aus eigener Ernte hatte die Familie drei Sack Roh-Kaffee mitgebracht. Ich erfuhr später, dass Wischinski sie meiner Mutter zu einem fairen Preis abkaufte.

1942 war ich an einem Vormittag mit meiner Mutter allein zu Hause am Niederrhein, die Geschwister in der Schule. Da klingelte es an der Tür. Ein Mann stellte sich vor. Er sei jener Wischinski, mit dem mein Vater über einige Jahre Handel betrieben hatte. Er bat darum, das Grab meines Vaters besuchen zu dürfen. Meine Mutter war sofort bereit, ihn zu begleiten,



sie kannte ja seinen Namen und seine Geschichte.

Gemeinsam marschierten wir zum Friedhof, der nicht weit entfernt war; ich in der Mitte zwischen meiner Mutter und Herrn Wischinski. Er hatte die ganze Zeit eine Aktentasche unter dem Arm.

Dann standen wir vor dem schmucklosen Grab meines Vaters. Was dann passierte, werde ich nie vergessen:

Der Pole fiel auf dem Rasenstück vor dem Grab auf die Knie, bekreuzigte sich mehrfach auf katholische Art und öffnete seine Tasche. Zuerst sah ich nicht, was er da herausholte, denn er kniete mit dem Rücken zu uns.

Aus seiner Aktentasche holte er eine Pflanze. Meine Mutter murmelte erstaunt: „Ein Edelweiß!“ Das war damals eine seltene Kostbarkeit.

Herr Wischinski pflanzte die Blume auf das Grab meines Vaters. Er hatte auch eine Flasche mit Wasser dabei und versorgte die Pflanze.

Jetzt sah ich, dass ihm Tränen über das Gesicht liefen. Er bekreuzigte sich noch einige Male, stand auf und umarmte meine Mutter und mich.

Diese Szene auf dem Friedhof ist für mich unvergesslich. Die seltene Blume allerdings, das kostbare Edelweiß, hatte keine lange Lebensdauer: Eine Woche nach unserem Besuch am Grab fiel eine Bombe genau auf die Grabstelle. Der Sarg meines Vaters ging in tausend Stücke.

Das Edelweiß aber hat in meiner Erinnerung für immer überlebt! Und der fromme Pole, der vor dem Grab meines Vaters kniet, auch. Seit diesem Erlebnis habe ich Katholiken nicht mehr mit Misstrauen betrachtet, wie es sonst am Niederrhein üblich war. Sogar eine katholische Frau geheiratet.

Hermann Schulz leitete viele Jahre den Peter Hammer Verlag, er lebt als Autor von Kinder- und Jugendbüchern in Wuppertal. Im August erscheint sein neuer Roman „Therese. Das Mädchen, das mit Krokodilen spielte“.

Hans Hubbertz

Die Dienstgemeinschaft und das Nein von Caritas und Diakonie zum Tarifvertrag in der Altenpflege

Bekanntlich lässt die Coronakrise lange ignorierte Missstände an die Oberfläche gesellschaftlicher Konflikte treten. Eine höchst unrühmliche Rolle übernahm diesmal Ende Februar 2021 die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas und in deren Gefolge die der Diakonie. Aus dem Klatschen für die „Held:innen der Coronakrise“ wurde eine kräftige Backpfeife für die Beschäftigten in der Altenpflege.

Am 8. Februar 2021 hatte die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP), die die Arbeiterwohlfahrt (AWO), den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und die Volkssolidarität vertritt, mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) den Tarifvertrag für die Altenpflege in Deutschland abgeschlossen. Dessen Inhalt: eine deutliche Steigerung gegenüber den bisherigen Mindestlöhnen ab dem 1. August 2021 sowie weitere Leistungen für Pflegekräfte. Die niedrigsten Löhne wären flächendeckend um ca. 25 Prozent gestiegen. Bis zum Jahr 2023 sollten die Stundenlöhne für Fachkräfte auf mindestens 18,75 Euro und für Pflegehelferinnen und -helfer auf 14,40 Euro angehoben werden. Der Tarifvertrag sollte nach § 7a Arbeitnehmerentendegesetz (AEntG) für die gesamte Branche verbindlich werden. Die verweigerte Zustimmung der Caritas brachte dieses Vorhaben jedoch zu Fall; im Gefolge stimmte die Diakonie darüber gar nicht mehr ab.

Im gesamten Bundesgebiet sind rund 1,2 Millionen Menschen in der Altenpflege tätig. Diakonie und Caritas beschäftigen derzeit ca. 300.000 Menschen in der Altenpflege. Für die Diakonie machen diese einen Anteil von 31 Prozent der Mitarbeitenden aus. Die dringend anstehende Einführung von Mindestbedingungen und -löhnen in der Pflegebranche, eine erkennbare Aufwertung des Berufsbildes und wirksame Schritte zur Bekämpfung der Altersarmut für zahlreiche Beschäftigte, werden aktuell durch das Verhalten der kirchlichen Wohlfahrtsverbände ausgebremst. Deren Ausschermanöver stößt auf breiter Front auf Unverständnis, zumal der spontane Ausstieg nach wochenlanger Mitwirkung und Berücksichtigung kirchlicher Vorschläge erfolgte.

17 katholische Hochschullehrerinnen und -lehrer beklagen in einer sozialetischen Stellungnahme (vgl. <https://bit.ly/3tw5OD5>) den Schaden für die katholische Kirche, die Caritas und die fehlende plausible Begründung der Vorgehensweise. Sie erwarten die Fortsetzung des gegenseitigen Unterbietungswettbewerbs („race-to-the-bottom“), bei dem die Beschäftigten die Zeche zahlen dürfen.

Derweil verkündet Diakonie-Präsident Ulrich Lilie, für die Beschäftigten der Diakonie ändere sich ohnehin nichts. Für sie gelte weiter das kirchliche Tarifwerk. Das sehe „in aller Regel deutlich höhere Entgelte vor“ (vgl. <https://bit.ly/3vRUGCa>) als die Vereinbarungen von BVAP und Verdi. Derweil malt Prälat Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, die bekannte Drohkulisse aus: auf dem Wege des Tarifvertrags seien abgesenkte Refinanzierungen durch die Kostenträger zu befürchten, wodurch Lohnabsenkungen

unvermeidlich seien. Dem widerspricht jedoch – abgesehen vom Eigenanteil der Pflegebedürftigen, mit dessen potentieller Steigerung Lilie winkt – die Gesetzeslage. Denn gemäß § 84 Abs. 2 SGB XI dürfen ihre durch einen Tarifvertrag entstehenden höheren Kosten nicht als unwirtschaftlich gelten und müssen daher öffentlich refinanziert werden. Zudem glaube Neher mit Blick auf den amtierenden Bundesarbeits- und Sozialminister an „die Idee, die Zulassung der einzelnen Pflegeeinrichtungen an eine Tarifbindung zu koppeln“ (vgl. <https://bit.ly/3etxTqh>). So möchten die kirchlichen Vertreter lieber auf eine externe, staatliche ‚Heils‘-Perspektive warten. Dabei gehört eine bereits angekündigte ‚Parusieverzögerung‘ durchaus zum Kalkül: „Ein neuer Anlauf zu einem Branchentarif werde sehr viel Zeit kosten“, hieß es aus dem BMAS. Mit dieser Verlagerung gewinnen Diakonie und Caritas nicht nur Zeit, sondern auch eine Gelegenheit zur Abwälzung, um sich weiterhin elegant aus dem Rampenlicht allgemeinverbindlicher tarifrechtlicher Lösungen zu entfernen.

Mit dem Wettbewerbsvorteil auf dem Sozialmarkt, Arbeitsrecht als kirchliches Sonderrecht ‚gestalten‘ zu können, liefern Diakonie und Caritas dem Staat Komplizenhaft eine streikfreie Zone gigantischen Ausmaßes mit mehr als 1,7 Mio. Beschäftigten, von denen 70 Prozent Frauen sind. Zum Vorteil des Arbeitgebers haben sie sich bis dato kaum gewerkschaftlich organisiert. Zwar geht nur ein geringer Teil rein verkündigungsorientierten Tätigkeiten des „Tendenzbetriebes“ nach, dennoch immunisiert sich die Diakonie weiterhin gegen gewerkschaftliche Ansprüche im eigenen Hause im Schatten der selbstsakralisierenden Doktrin der „Dienstgemeinschaft“ (s.a. <https://bit.ly/3hxx7Ox>). Unter diesem Regiment darf die hauseigene Abteilung „Brot für die Welt“ auch gerne schmerzfrei weltweit für Grundrechte und gewerkschaftliche Beteiligung plädieren.

Blickt man organisationssoziologisch auf die Konfliktslage, wird sichtbar, dass der erste, wettbewerbsfixierte Blick auf die Problematik höherer Löhne und niedrigerer Kosten zu kurz greift. Die Verengung steht der aufschlussreichen Erkenntnis im Wege, dass der unter dem Vergemeinschaftungsmotiv vermiedene Streit in einem Interesse an der Arbeit konvergiert, nämlich als Kultivierung des Streits, der sich auf die Bedingungen der Arbeit konzentriert, diese konditioniert und Unzufriedenheiten bindet. Aus systemtheoretischer Perspektive bedeutet dies: „Wo es der gewerkschaftlich organisierten Arbeit um *dieselbe* Arbeit unter *günstigeren* Bedingungen geht, geht es dem Management um *dieselbe* Arbeit mit *besseren* Ergebnissen.“ (Dirk Baecker, Wozu Gewerkschaften?, in: ders., Wozu Gesellschaft?, Berlin 2007, S. 175).

Man kann davon ausgehen, dass sich bei Diakonie und Caritas erst etwas bewegen wird, wenn der Organisationsgrad der Beschäftigten steigt.

Dr. Hans Hubbertz, Pfarreramt für gesellschaftliche Verantwortung in den Ev. Kirchenkreisen Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen

Wilhelm Neurohr

Bürgerrat – ein Demokratie-Experiment

Längst sind die „Bürgerräte“ als mögliches Zukunftsmotiv einer partizipativen Demokratie in aller Munde. „Denn Bürgerräte sind der Versuch, eingerostete Demokratien wieder ans Laufen zu bringen“, so schrieb die „Zeit“ im Januar 2021: „Sie entstehen weltweit in immer mehr Ländern und Städten, und überall ist ihre Einführung mit großen, manchmal übergroßen Hoffnungen verbunden.“

Gerade startete in Deutschland der dritte nationale Bürgerrat zum Thema „Bildung und Lernen“, der vierte zum Klima startet am 26. April. Vorausgegangen waren die Bürgerräte zur Demokratieverbesserung und zu Deutschlands Rolle in der Welt. In Frankreich beschäftigte sich ein nationaler Bürgerrat bereits mit dem Klimawandel. In 25 Ländern weltweit sind aktuell nationale und über 80 lokale Bürgerräte tätig oder in Vorbereitung. Inzwischen kann man von einer sich ausbreitenden „Bürgerrats-Bewegung“ auch in Deutschland sprechen, mit landes- und bundesweiter Vernetzung.

Nein – es geht nicht um die Wiederbelebung der vor über 100 Jahren aufgekommenen Idee der „Räte-Republik“, auch nicht um Plebiszite, sondern um ein Stück „Basisdemokratie“ als Demokratie-Experiment: Nach dem Zufallsprinzip ausgeloste Bürgerinnen und Bürger als möglichst repräsentativer Querschnitt sollen politische Themen in den Kommunen begleiten und die gewählten Kommunalpolitiker mittels „Bürgergutachten“ beraten, also nicht entscheiden. Denn alle Umfragen belegen: Die Menschen wollen stärker beteiligt, gehört und einbezogen werden und beklagen die Beteiligungsdefizite. In 15 deutschen Städten sind Bürgerräte aktuell zu unterschiedlichen Themen bereits einberufen oder angekündigt, in 30 weiteren Städten sind Initiativen um die Einrichtung von Bürgerräten in ihrer Kommune bemüht – so auch im Ruhrgebiet, bisher in Hagen und Werne sowie in Haltern am See.

Bereits im August 2020 konfrontierte das „Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ auf einer Podiumsdiskussion die sechs Spitzenkandidaten der Ratsparteien erstmalig mit der Idee – mit unterschiedlicher und teils verhaltener Resonanz. Eine Initiativgruppe des Forums blieb bei dem Thema am Ball, kontaktierte bestehende Initiativen, entwarf einen Flyer und eine Informationsbroschüre, sucht Kooperationspartner vor Ort – die VHS ist bereits dabei – und beginnt nun die Gesprächsreihe mit Lokalpresse, Vereinen, Ratsfraktionen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die auch zu Themenvorschlägen aufgerufen sind. „Demokratie kann nur in Bewegung bleiben, wenn Menschen bereit sind, sich politisch einzumischen“, so lautet auf dem Flyer das Zitat des Ex-Bundespräsidenten Johannes Rau. „Denn unsere lokale Demokratie braucht eine Frischzellenkur, um die Lebendigkeit der Demokratie zu erhalten und das Vertrauen in sie zu erhöhen“, schreiben die Initiatoren in ihrem Anschreiben an die Stadtgesellschaft.

Am 8. Juni wird die Bundesvorsitzende von „Mehr Demokratie e.V.“, Claudine Niernth, die Halterner Initiative auf einer

Info-Veranstaltung vor Ort (oder online) unterstützen. Für die praktische Durchführung des Beteiligungsmodells „Bürgerräte“ sind noch möglichst einfache und kostengünstige statt komplizierte und aufwändige Modelle zu entwickeln, daran wird gearbeitet. Bei der Durchführung werden Experten für fachliche Informationen und Moderatoren für die Kommunikation eingesetzt, damit alle gelosten Bürger unabhängig vom Bildungsstand und politischen Vorerfahrungen sich gleichrangig einbringen können. Das Ganze erfordert „Mut zum Experiment“ und die Bereitschaft, Demokratie neu zu denken.

Wilhelm Neurohr (70) arbeitet in der Initiativgruppe „Bürgerrat“ des Halterner Forums für Demokratie, Respekt und Vielfalt mit. Er hat bereits in den 1970-er Jahren das „Halterner Bürgerforum“ als Partizipationsmodell mit gegründet sowie mit dem IWiPo-Institut in 2017 das Konzept „Bürgerparlament – Schlüssel zu mehr Demokratie“ mit verfasst, ferner in 2017 im Rahmen des Projektes „Mehr Demokratie leben“ im Halterner Glashaus sich an Ideen für eine aktive Bürgergesellschaft beteiligt.

Lesetipp

Cyril Dion

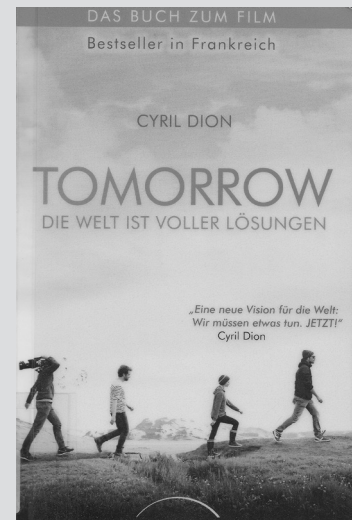
Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen

Bielefeld 2017, jkamphausen, ca. 300 S., ISBN 978-3-95883-157-5

Und morgen? Schon heute! Demokratie neu machen – dafür gibt es international inzwischen Beispiele. Eins der berühmtesten ist der Versuch einer neuen Verfassung Islands, die nach der Bankenkrise in einem „Crowdsourcing“-Verfahren aufgestellt wurde. In dem Buch „Tomorrow“ nach dem gleichnamigen Film einer französischen Initiativgruppe, wird das Experiment ausführlich geschildert. Aus der Wut über den Zusammenbruch der isländischen Finanzen, der Unfähigkeit der Politik, der ausufernden Bankenkrise Herr zu werden, entsteht eine breite Volksbewegung. Aufgrund des Protests gegen die Krisenfolgen tritt die Regierung zurück, in einem Referendum wird abgelehnt, die Forderungen der internationalen Gläubigerbanken zurückzuzahlen. Nachdem der Europäische Gerichtshof dieses völlig ungewöhnliche Vorgehen wider Erwarten bestätigt, gewinnt eine Bewegung Aufschwung, die in der Verfassung eine Wiederholung solcher Krisen verhindern und die Macht des Finanzwesens beschränken soll. 2010 wird ein Bürgergremium gewählt, dem keine Parlamentarier oder Minister angehören. Jeder Bürger darf Vorschläge machen, ausführlich wird debattiert und nach dem Konsensprinzip vorgegangen. Der Verfassungsentwurf kommt relativ schnell zustande, trifft auf etablierten Widerstand, die BürgerInnen lassen sich nicht entmutigen, aber eine konservative Mehrheit im Parlament stimmt gegen den in einer Volksabstimmung bestätigten Verfassungsentwurf.

In dem Film und dem Buch „Tomorrow“ werden für verschiedene wichtige Krisen der Welt Projekte vorgestellt, die zukunftsfähig sind: Energieerzeugung, Landwirtschaft, Ernährung, Städtebau, Verkehr, und Demokratie. Diese Projekte laufen bereits, sie sind die Hoffnungsträger gegen die Welt, wie sie heute noch mehrheitlich ist, und wie sie nicht zukunftsfähig ist.

Rolf Euler



Rolf Euler

Initiativen von unten – Politik von oben?

Wenn viele Bürgerinitiativen aufbrechen, um gegen Schäden an Umwelt, sozialem Gefüge und Frieden zu organisieren und zu streiten, ist das eine überaus wichtige Bewegung, die auf Veränderungen zielt: die Welt kann nicht so bleiben wie sie ist!

Das Verhältnis dieser Initiativen zur offiziellen Politik ist nicht selten die des Widerstands, des Protests und der Kritik. Aber Gegner ist oft nicht nur die politische Ebene. Es sind vor allem die Interessensgruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die davon profitieren, dass die Goldenen Kühe Wachstum und Eigentum offizielle Tabus sind mit dem Ziel, dass „die Welt so bleibt wie sie ist“.

Wie funktioniert also unsere repräsentative Demokratie, wenn wichtige Veränderungen nur mit Bewegungen von unten angepackt werden? Wenn die Einhaltung zum Beispiel von Datenschutz, Tierwohl, Naturschutz, aber auch Schutz von Minderheiten und Flüchtlingen den Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen „überlassen“ bleibt, die mühsam mit bürokratischen Regeln, juristischen Verfahren und oft gegen veröffentlichte Meinung kämpfen müssen?

Ein Beispiel: die lokale Baumschutzgruppe setzt sich für den Erhalt einer Allee ein, wo die Bäume eigentlich zugunsten einer Straßenverbreiterung mit Radwegebau gefällt werden sollten. In diesem Fall lässt sich die örtliche Politik sogar überzeugen, gibt nach, baut den Radweg auf dem Bürgersteig und um die Baumwurzeln mit Split herum. Sofort gibt es Protest einiger Anlieger wegen möglicher Verschmutzung durch kleine Steinchen im Hausflur, und die Leserbriefe fragen, wieso eine Gruppe, die dort gar nicht wohnt, das „Recht“ habe, über anderer Leute Bürgersteig zu bestimmen?

So und ähnlich sind die Argumentationen, die Besetzung von Bäumen, sei es im Hambacher Forst oder in Castrop-Rauxel, werde von Leuten gemacht, die lokal gar nicht betroffen seien.

Ich sehe, dass wir in Initiativen zwar „global denken – lokal handeln“, aber auch nur ab und zu mit lokalem Handeln Veränderungen bewirken können. Wie werden mit lokalem Handeln aber die globalen Probleme etwa des Klimas, der Artenvernichtung, der weltweiten Ausbeutung von Menschen und Ressourcen zur Befriedigung unnötiger Bedarfe angegangen?

Wie geht der Weg vom lokalen Protest, geändertem Konsumverhalten, Bürgerinitiativen zur wirklichen Veränderung der weltweiten Krisen? Ab und zu – etwa beim Volkszählungsurteil oder dem jüngsten Klimaschutzurteil des Bundesverfassungsgerichtes – gelingt es, auf dem Rechtsweg eine andere Richtung zu erreichen. Und wie lang dauerte es, die Klimaerkenntnisse der Wissenschaftler, untermalt von hundert Gutachten, in kleine Schritte der Politik umzusetzen? Auch hier sind gute Beispiele nur die Ausnahme – siehe etwa Autobahnbau, Subventionen für nicht nachhaltige Landwirtschaft und Massentierhaltung, Meeresverschmutzung – denen Protest und Klimawissenschaft kaum etwas anhaben konnten.

Aber ohne Initiativen „von unten“ wären Flüchtlinge in den Unterkünften ohne Hilfen, wären Politiker nur noch den Lobbyisten ausgesetzt, wären Ärzte ohne Grenzen oder „Me-too“ nicht möglich, hätten Fridays-for-Future nicht nur nicht Tausende auf die Straße gebracht, sondern auch nicht das aktuelle, hoffentlich bahnbrechende Urteil der Generationengerechtigkeit bewirkt.

Und was wäre das „globale Denken“ ohne die Kenntnis über MitstreiterInnen in anderen Ländern, ohne die internationalistischen Kontakte und das Bewusstsein, nicht allein zu stehen.

Auch wenn viele Interessen gegen uns stehen: Bangemachen gilt nicht, sondern: Weitermachen!

Rolf Euler, so viele Jahre über, so viele Schichten unter Tage, aktiv in BürgerSolar, Geschichtskreis des Bergwerks, Zeitungsmachen

Wahlprüfstein“ zu

• Demokratie und Bürgerbeteiligung

Nach 72 Jahren ist der Eindruck entstanden: Unsere ermüdete parlamentarische Parteien-Demokratie bedarf einer „Frischzellenkur“ durch partizipatorische Weiterentwicklung, mehr Transparenz und verbesserter Wahlverfahren einschl. Wahlrechts- und Parlamentsreform: Umfragen zufolge fühlt sich die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger als Souverän von den gewählten Politikern nicht gehört und nicht repräsentiert. Ihr Vertrauen in Parteien, Regierungen und Parlamente nimmt ab und damit sinkt auch die Wahlbeteiligung. Besonders groß ist die Kluft zwischen Jugendlichen und Politikern. Das Krisenmanagement der Corona-Krise hat das Vertrauen in die Politik zusätzlich erschüttert. Nur knapp 2% der wahlberechtigten Bevölkerung ist in demokratischen Parteien organisiert. Aber 60% bis 70% möchten mehr direkte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten.

Fragen:

- Welche Ideen, Vorschläge und Konzepte hat Ihre Partei, um bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie Jugendlichen verlorenes Vertrauen in eine wirklich repräsentative Demokratie zurückzugewinnen, die Wahlbeteiligung und -verfahren zu verbessern und das Engagement in Parteien attraktiver zu machen?
- Und wie wollen sie die überfällige Parlamentsreform (Verkleinerung des Bundestages) angehen?
- Wie stehen Sie und Ihre Partei zu verstärkter Bürgerbeteiligung einschließlich plebiszitärer Elemente auch auf der Bundesebene? Sind Ihnen dazu die 22 Empfehlungen des ersten bundesweiten Bürgerrates (vom September 2019) bekannt und wie bewerten Sie diese?

Dieser und weitere „Wahlprüfsteine“ bei <https://forumdrv.de/wahlen/wahlpruefsteine-fragen-zur-bundestagswahl-2021/>

Stefan Hochstadt

Wem gehört die Stadt? (K)ein neuer Versuch

Die Frage danach, wem die Stadt gehöre, ist allgemein und diffus und inzwischen so oft gestellt worden, dass sie im Grunde gar nicht beantwortet werden kann. Da mag man sich klassisch auf Henri Lefèbvre beziehen, der ein „Recht auf Stadt“ einfach reklamiert hat. Man mag unspezifisch mit „denen, die darin wohnen“ antworten, ohne damit auch nur im Ansatz die Konflikte thematisiert zu haben, die in dieser Umschreibung versteckt sind. Man kann es sich einfach machen und die Frage als unzulässig zurückweisen, weil die Stadt eben keinen Besitztitel trägt, nicht als Objekt oder als Ware Eigentum von irgendwem sein kann. Vielmehr ist die Stadt das ständig in Frage gestellte und daher nur momentane Ergebnis einer andauernden Auseinandersetzung um all das, was sie ausmacht oder ausmachen soll. Das ist nicht gleichzusetzen mit einer postmodernen „Anything-goes-Behauptung“. Vielmehr ist die Stadt vor allem das Produkt einer Vielzahl von kumulativen Entscheidungen, die sämtlich in einem definierten, mehrdimensionalen Raum von Interessen und der Fähigkeit, diese Interessen auch durchzusetzen, stattfinden.

Ich will als beispielhafte Ebene die des Verkehrs nehmen. Dieses Beispiel ist keineswegs zufällig, denn tatsächlich lässt sich daran sehr gut festmachen, wie sich Aneignung in der territorialen Auseinandersetzung vollzieht.

Noch in den 1950er Jahren war das Auto bestenfalls ein Verkehrsmittel neben anderen und teilte sich den beschränkten Raum mit Bussen, Straßenbahnen, Fußgänger:innen, Rad- und Motorradfahrer:innen. Zwar war die autogerechte Stadt schon in den 1930er Jahren zum Leitbild des Städtebaus aufgestiegen. Aber erst zum Ende der 1950er Jahren wurde das Auto tatsächlich zum vorherrschenden Verkehrsmittel, dem andere mehr und mehr untergeordnet wurden. Die Straße gehört ganz überwiegend den Autos und den Menschen, die in diesen Autos unterwegs sind oder die ihr Auto dort abgestellt haben.

Ohne dies ermöglichende politische Rahmensetzungen hätte sich das Auto womöglich nie als dominantes Verkehrsmittel herausgebildet. Davon heute wieder abzurücken, bedeutet einen grundlegenden Paradigmenwechsel, der allemal disruptiv ist. Denn es geht nicht um die Frage, ob Otto- bzw. Diesel- oder Elektromotor, sondern darum, ob wir uns immer mehr und immer größere Autos in unseren Städten noch leisten wollen.

Die jüngeren Menschen in unserer Gesellschaft haben längst Alternativen zum Auto für sich entdeckt. Dass sie dennoch, öfter als sie das eigentlich wollen, ein Auto haben und es auch fahren, liegt auch an der jahrzehntelangen Autopolitik dieses Landes. Der letzte Kanzler der SPD bezeichnete sich gar als Auto-Kanzler. Das Land Niedersachsen ist Miteigentümer von VW und hat sich in der Vergangenheit immer in Kumpanei mit diesem Konzern gefallen. Die Verkehrsminister dieses Landes (seit etlichen Jahren immer von der CSU gestellt, in über 100 Jahren immer Männer) haben immense

Budgets, die sie zu Gunsten der Auto-Infrastruktur ausgeben. Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kretschmann, ist ein weiteres Beispiel aus dieser Reihe.

Nur um das klar zu stellen, weil sich diese Behauptung hartnäckig hält: Die Überwindung einer auf das Auto zugeschnittenen Verkehrspolitik, die Zurückdrängung des Autos aus den sowieso belasteten Städten ist keineswegs gleichbedeutend mit der Beschränkung, vielleicht sogar Verletzung von für alle geltenden Freiheiten. Auch wenn es arm und reich gleichermaßen verboten ist, unter Brücken zu nächtigen, trifft dieses Verbot die Reichen doch eher nicht.

Die größten, schwersten und teuersten Autos sind nämlich gar keine privat gehaltenen, sondern Dienstfahrzeuge, für die so viele Privilegien gelten, dass es schon deshalb an Ungerechtigkeit kaum zu überbieten ist. Auch die neuen Plug-In-Hybride sind vor allem eins: die Subventionierung der Autoindustrie und die steuerliche Bevorteilung von ohnehin wohlhabenden Menschen.

Das Auto ist, vor allem in den Städten, verantwortlich für tausendfaches Leid. Menschen sterben noch immer bei und in Folge von Verkehrsunfällen, an den vom Autoverkehr verursachten toxischen Stäuben und Gasen. Lärm, maßgeblich verursacht von zu schnell fahrenden Autos, ist ein Stressor, der dauerhaft krank macht. Und: Es sind die Ärmsten in dieser Gesellschaft, die am stärksten betroffen sind.

Corona hat diesen doppelten Trend sogar noch befördert. Mehr und größere Autos gab es in unseren Städten noch nie. Und es war auch nie billiger, sie zu fahren. Die Fahrer eines Dienstfahrzeugs interessieren sich nicht für steigende Spritpreise, auch die Verteuerung durch die CO₂-Steuer, die in den nächsten Jahren mit 30 oder sogar 50 Cent pro Liter zu Buche schlagen wird, interessiert sie nicht, weil sie die Kosten ersetzt bekommen. Sie werden nur mit einem Prozent des virtuellen Kaufpreises steuerlich belastet (bei Plug-In-Hybriden gar nur mit einem halben Prozent, egal, ob das Auto jemals mit Strom gefahren wurde oder nicht). Es gibt keine billigere Mobilität. Jedes Monatsticket im öffentlichen Verkehr ist teurer.

Die Frage, wem die Stadt gehört, kann in Bezug auf Mobilität beantwortet werden: Die Stadt „gehört“ den perversesten Vehikeln, die je gebaut und gefahren wurden. Die Stadt gehört einer Minderheit, die von Privilegien profitiert, obwohl sie ohnehin schon privilegiert ist. Die Stadt gehört (noch) nicht der Zukunft einer fairen und gesunden und gerechten Gesellschaft. Jedenfalls nicht, solange die Perversion der Autostadt fortbesteht. Fangen wir an, dies zu ändern. Jetzt!

Stefan Hochstadt ist ein Fan von autonomer und elektrisch angetriebener Mobilität, auch bekannt als Zug, Bahn usw. – gerne auch in gesellschaftlicher Verantwortung, also nicht unbedingt einer Aktiengesellschaft wie der DB AG, die ihren Anteilseignern verpflichtet ist statt den sie nutzenden Menschen. Für eine „Bahn für alle“!

Holger Schulze-Engemann

Wir wollen Wald

Wir sind als dritte Bürgerinitiative in kurzer Zeit in Herne aufgrund der Größe der Stadt und der Vielzahl von Konflikten entstanden. Alle drei beackern den Gegensatz zwischen sog. Sachzwängen und Umwelt. Allen ist gemeinsam: anscheinend sehen die Bürger (gemeint sind immer Frauen und Männer) ihre Anliegen vom Rat und seinen Ausschüssen, von den Fraktionen, nicht ausreichend vertreten. Diese beäugen ihrerseits BIs skeptisch, abwehrend, auch wütend. Bei den Kommunalwahlen wurde eine Beteiligung von 41,7 Prozent eingefahren und die so Gewählten sehen sich damit demokratisch legitimiert.

In unserem Falle (BI Wir wollen Wald) nehmen die Gremien Fakten nicht erkennbar zur Kenntnis und scheinen ebenso wenig öffentlich darüber zu diskutieren. Dies gilt zumindest für die Folgen des Klimawandels in der Stadt und ein seit 2018 vorliegendes Gutachten, die sog. Klima-Analyse, die vom RVR erstellt wurde und auch konkrete Planungsempfehlungen enthält, z.B. keine weitere Verdichtung durch neue Bebauung, mehr Grün und mehr Luft in die Stadt (sehr symbolisch).

Das Motto der Stadt lautet übrigens: Mit Grün. Mit Wasser. Mittendrin. – Herne ist die am dichtesten besiedelte Großstadt in Deutschland.

Und da sind wir beim Thema:

Das Gelände der ehemaligen Zeche General Blumenthal ist die letzte große Freifläche in den westlichen Stadtbezirken Wanne und Eickel. Die Entscheidung über ihre Nutzung ist absehbar die wichtigste städtebauliche Entscheidung. In diesen Bezirken fehlt es bereits an Flächen für Ausgleichspflanzungen, die für andere Baumaßnahmen erfolgen müssten.

Die Zeche wurde im Jahr 1967 stillgelegt. Danach entwickelte sich auf Teilen des Geländes Industrie-Folgewald, der der Klima-Analyse zufolge unter allen untersuchten Parametern positive Auswirkungen auf das Klima der umliegenden Stadtviertel hat.

Eigentümerin des Blumenthal-Geländes ist die Ruhrkohle Immobilien AG. Sie möchte mit Gewinn verwerten.

Die Stadt Herne möchte Gewerbesteuern erzielen und Arbeitsplätze schaffen, um qualifizierte Arbeitskräfte nach Herne zu ziehen. Denn die Sozialstruktur der Stadt ist für den Kämmerer ein Graus, kein Einkommen, hohe Sozialausgaben.

Unsere BI möchte den Erhalt und weiteren Aufwuchs des inzwischen entstandenen Industrie-Folgewaldes.

Ein Waldstück in Herne in der Größe von rund 24 Hektar entspräche dem Prinzip: Global denken – lokal handeln.

Die Mitglieder des Stadtrates und seiner Ausschüsse scheinen das alles nicht zur Kenntnis zu nehmen, öffentliche Diskussion der bestehenden Interessengegensätze oder auch nur die Entscheidungswege sind nicht erkennbar.

Unsere Aktivitäten:

Im März 2019 fand unsere BI zusammen. Zu Treffen kamen rund 60 Interessierte und Unterstützer. Der Kern besteht aus circa zehn Personen.

Wir richteten eine Petition an Rat und OB, bemühten uns mit zahlreichen Einzelmaßnahmen und Pressearbeit, lokal und regional, um Öffentlichkeit, und sammelten Unterschriften, von denen wir dem OB im Herbst 2019 rund 2.200 übergaben. Den möglichen, aber juristisch problematischen Weg über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid verfolgten wir nicht weiter, weil die nötigen rund 6.000 Unterschriften mit realistischem Aufwand nicht zu erlangen gewesen wären.

Wir agieren gemeinsam mit NABU und BUND, um die Finanzierung des Verkaufs als Waldstück zu erörtern, ohne greifbaren Erfolg. Die TU Dortmund, Abteilung für Raumplanung mit Prof. Dr. Grünh, konnten wir dafür gewinnen, im Sommersemester ein Seminar im Master-Studiengang zum Thema Blumenthal durchzuführen.

Die Stadt stellte im Januar 2020 das Konzept einer sog. International Technology World vor, also im Wesentlichen gewerbliche Nutzung mit etwas Grünflächen. Dieses Konzept wurde ohne Diskussion noch in der gemeinsamen Sitzung der Gremien sehr gefeiert, der Rat beschloss im Sommer 2020 vorbereitende organisatorische Maßnahmen dafür. Die von uns gesammelten 2.200 Unterschriften/Wähler – ungefähr 4,4 Prozent der Wahlbeteiligung – haben im Wahlkampf niemanden interessiert.

Derzeit steht dieses Gelände beim RVR auf der Tagesordnung im Rahmen des Regional-Flächen-Nutzungs-Plans.

Im Spätsommer 2020 beantragten wir die Einberufung eines gelosten Bürgerrats zur Beratung des Stadtrats zum Thema Wald oder Gewerbeflächen. In einer Sitzung des Rats-Ausschusses am 08.12.2020 hatten wir Gelegenheit, den Antrag zu erläutern, bevor die Mehrheit der Rats-Kooperation aus SPD und CDU ihn beiseite fegte.

Diese Sitzung war für uns ein einprägsames Erlebnis: Unsere Leute, die zu Wort kamen, konnten auf die Hinterteile der Ausschussmitglieder schauen, die uns – der Sitzordnung entsprechend – den Rücken zuwandten. Andere Bürger wurden herablassend gelobt: „Danke, dass Sie uns auf dieses wichtige Problem hingewiesen haben.“ Einer von uns, der die Art der Anhörung kritisierte, wurde von einem Ausschuss-Mitglied beschieden „Ich habe den Eindruck, Sie sind gegen das Alles hier“ und damit in eine radikale, antidemokratische Ecke gerückt, als Gegner der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung.

Wirklicher Strukturwandel im Ruhrgebiet könnte auch bedeuten: Mehr öffentliche, transparente demokratische Debatten!



Holger Schulze-Engemann, Jurist, aktiv in der BI „Wir wollen Wald“, arbeitet seit 1975 in Herne und lebt in Herne-Wanne. Die BI ist Mitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. www.stadtwald-herne.de

Ernst Belter

Kraftwerk, Kapital und Karriere

Jeden Morgen, wenn ich beim Kaffeekochen aus dem Fenster schaue, zeigen mir die mit giftigen Aerosolen durchmischten Dampfwolken von Datteln IV die Windrichtung an. Dieser kostenlose Service von Uniper (vormals EON) erinnert mich auch daran, woher der politische Wind weht, nämlich immer nur aus einer Richtung, nämlich der des großen Geldes, pustet alles um und verursacht hohe Kosten.

Eigentlich dürfte das Kraftwerk gar nicht da stehen, wo es steht, nur 440 m entfernt von der nächsten Wohnbebauung und 550 m von der Kinderklinik. Dabei ist das nur einer der vielen Verstöße gegen Recht und Gesetz, die EON zunächst vom OVG in Münster (3.9.2009) auf hundert Seiten Urteilsbegründung nachgewiesen und später in der Revision vom BVG in Leipzig (16.03.2010) bestätigt wurden. Also eine vernichtende Schlappe für EON. Anstatt den richterlich bestätigten Schwarzbau abzureißen und hohe Strafen zu zahlen, wie es jeder normale Häuslebauer hätte tun müssen, hinderte das EON jedoch nicht daran, munter weiterzubauen. Nach dem Motto: „Was nicht passend ist, muss passend gemacht werden“ wurde die rot-grüne Landesregierung dazu gebracht, mit einer passgenauen Änderung des Regionalplans und zweifelhaftem Zielabweichungsverfahren die Voraussetzungen für einen neuen Bebauungsplan zu schaffen.

Bei der Neuplanung taten die Planer der Stadt Datteln zunächst so, als ob dort, wo das Kraftwerk nebst 178 m hohem Kühlturm fast fertig schon unübersehbar in der Landschaft prangte, eine grüne Wiese sei. Nach drei Jahren Planung war ihnen dann doch aufgefallen, dass auf der angeblich kahlen Fläche bereits ein Kraftwerk stand, das zufälligerweise genauso aussah wie das, was bei ihren Planungen herausgekommen war und das man praktischerweise dann gleich übernehmen könnte. Das Ganze war an Absurdität kaum zu überbieten.

Nach erneuter bestandener Genehmigungsprozedur, die auch diesmal wieder nur als Farce bezeichnet werden konnte, sollte dann im März 2018 endgültig der Regelbetrieb aufgenommen werden. Da fiel dann auch auf, dass der für den Kessel der Anlage verwendete T24-Stahl völlig ungeeignet war, so dass das Herzstück der gesamten Anlage komplett ausgetauscht werden musste. Nach mehr als zwei Jahren Umrüstzeit dauerte es bis zur offiziellen Inbetriebnahme noch bis zum 30. Mai 2020.

Kurz vorher im Januar 2020 erlangte unser Lieblingskraftwerk sogar bundesweite mediale Aufmerksamkeit. Grund war das Gesetz zum Kohleausstieg, in welchem der Betrieb entgegen der Empfehlung der „Kohlekommission“ ausdrücklich festgeschrieben wurde. Auf diesen Affront gegen die gesamte Bewegung folgte eine breite überregional getragene Welle des Protestes mit Demonstrationen, Mahnwachen und sogar Besetzungen der Kohlebagger von Klimaaktivisten.

Die darauf folgenden Polizeieinsätze waren so überzogen, dass sie nur mit übergeordneten Interessen zu erklären sind.

Die Art der Energieerzeugung ist nämlich nicht nur eine technische, sondern auch eine hochpolitische Frage. Elektrische Energie ist die Basis jeden wirtschaftlichen Handelns in einer Industriegesellschaft. Also eine Machtfrage. Mit den bisherigen großen Kraftwerkszentralen liegt die Kontrolle alleine in den Händen der Atom- bzw. Kohlekonzerne. Die eigentlich dringend erforderliche Umstellung auf Sonne und Wind, also auf Erneuerbare Energien (EE), könnte diese Macht gefährden aufgrund ihrer dezentralen Struktur. Dabei wäre es bereits mit heute schon verfügbaren Technologien durchaus möglich, in geeignete Speichersysteme zu investieren, um eine nachhaltige, umweltfreundliche und vor allem preiswerte Versorgung aufzubauen. Das hätte aber den Nachteil, dass die Profite nicht bei den Monopolisten verbleiben, wo sie auf den Finanzmärkten nur Unsinn anrichten, sondern dass mit Solardächern und Windkraft die ganze Gesellschaft profitieren könnte. Dezentral gegen zentral, Gemeinwohl gegen das Wohl der Aktionäre, Demokratie gegen Kapital. Also muss auf jeden Fall ein zu weitgehender Ausbau der EE verhindert werden, damit auch in Zukunft klar ist, wer im Land das Sagen hat.

Das war vor etwa zehn Jahren auch den Atom- und Kohlebossen aufgefallen. Mithilfe ihrer Lobbyorganisation INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) wurde zunächst eine Medienkampagne initiiert, um die hohe Akzeptanz der Bevölkerung für die EE zurückzudrängen. Zeitgleich wurde Peter Altmaier als Umweltminister installiert, der es innerhalb von zwei Jahren schaffte, den PV-Anlagenbau so unattraktiv zu machen, dass dieser praktisch zum Erliegen kam. Da er so seine Zuverlässigkeit den Energiekonzernen gegenüber



unter Beweis gestellt hatte, stand seiner steilen Karriere mit dem Zwischenschritt Kanzleramt ins Wirtschaftsministerium nichts mehr im Wege.

Zurück zu Datteln IV: Zurzeit stehen noch weitere Klagen von Anwohnern, vom BUND und der Stadt Waltrop beim OVG in Münster an. Das letzte Wort über die giftigen Dampfschwaden, die ich von meinem Küchenfenster aus täglich bewundern kann, ist also noch nicht gesprochen.

Ernst-W. Belter, 75 Jahre, ehemaliger Lehrer für Mathematik und Physik, engagiert sich seit mehr als 40 Jahren gegen die Verbrechen der Atom- und Kohlekonzerne, seit 2006 insbesondere gegen den Bau von Datteln IV.

Wolfgang Dominik

Ein Stuhl bleibt leer – Deutschland fehlt.

Bildlich gesprochen hängt über jedem Menschen auf der Erde an einem dünner werdenden seidenen Faden ein Würfel von 2 ½ m Kantenlänge Dynamit. Das ist in etwa die Sprengkraft der ca. 14.000 mehr oder weniger einsatzbereiten Atombomben in neun Staaten. 150 davon lagern in Europa, wahrscheinlich 20 Atombomben der USA in Büchel, gleich nebenan in der Eifel. Deutsche Atombomberpiloten sollen mit ihren Atombombern diese Bomben in ihr Ziel bringen. Das nennt sich nukleare Teilhabe. Angeblich haben nur die USA die Einsatzcodes, die den Bundeswehrpiloten vielleicht erst nach dem Start übermittelt werden. Genaues teilen angeblich die USA auch der Kriegsministerin nicht mit.

Im Oktober 2020 wurde auch in den Nachrichten berichtet, dass der Atomkrieg in dem Manöver Steadfast Noon mit deutscher Beteiligung geübt wird.



2017 verabschiedete die UN mit 122 Stimmen den Vertrag über ein Atomwaffenverbot. Es war ein Armutszeugnis, dass Deutschland erst gar nicht zur Verabschiedung des Vertrags erschienen ist. Inzwischen haben 50 Länder den Vertrag unterschrieben und damit ist er internationales Recht. Am 22.1.2021 trat der Vertrag in Kraft.

In Bochum forderten ICAN, IPPNW, DFG-VK und das Friedensplenum Bochum in einer coronamäßig kleinen Feier auf dem Rathausplatz Deutschland auf, den Vertrag endlich auch zu unterzeichnen. Diese Aktion fand gleichzeitig mit einem leeren Stuhl in vielen Städten bundesweit statt. Bochum gehört mit zu den Städten, deren OB auch zu den Mayors for peace gehört. Die Stadt hatte mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der Grünen, der Linken und der Sozialen Liste in einer Resolution vom 11.7.2019 die Bundesregierung aufgefordert, dem Vertrag über das Atomwaffenverbot beizutreten. Einig war „man“ sich bei der Begründung: Atomwaffen sind eine immense Bedrohung für alle Menschen. Alle Einwohner:innen Bochums haben das Recht, ohne diese furchtbare Bedrohung leben zu dürfen. Der vorsätzliche oder versehentliche Einsatz von Atombomben hätte katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt.

Eine für das deutsche Fernsehen erstaunlich gute Dokumentation zeigte wenige Tage vorher leider nur im SWR, dass die Gefahr des Atomkriegs aus „Versehen“ immer größer wird. Die z.T. selbst entscheidende künstliche Intelligenz ist kaum noch beherrschbar. (<https://www.swr.de/wissen/odyssos/warum-uns-neue-kriegsgefahren-drohen-100.html>).

Die selbst ernannten Staatsanwälte und Richter über Gut und Böse in der Weltpolitik und Ökonomie sitzen in wenigen NATO-Hauptstädten. Die Doomsdayclock, die Uhr, die ständig von Atomwissenschaftler:innen aktualisiert die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, steht auf 100 Sekunden vor 12. 1979/80, nach der Ausstattung Europas durch die neuartigen US-Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles, stand die Uhr noch auf 5 Minuten vor 12.

Gast der Bochumer Feier war die Bochumerin Rima Ideguchi. Ihr Großvater hatte als einer der wenigen den Atombombenabwurf auf Hiroshima mit schwersten Verbrennungen und Verstrahlungen überlebt. Er schrieb seine Erinnerungen erst 1989 auf. Sein Buch „Raben und Singvögel waren auch nicht mehr da“ wurde dem OB auf dem Balkon des Rathauses von Frau Ideguchi und Frau Dr. Ingrid Farzin, Mitglied des Friedensplenums und des IPPNW, überreicht. Dazu die ICAN-Fahne.

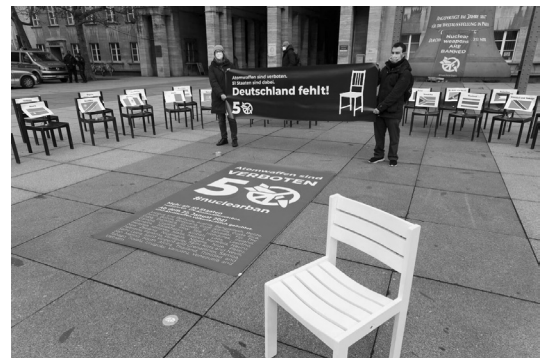
Frau Ideguchi übersetzte zum 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Japan den erschütternden autobiographischen Bericht. Außerdem wurden dem OB drei Friedensnobelpreise aus Schokolade überreicht. Diese Nobelpreise hatten in den letzten Jahren IPPNW, ICAN und die EU erhalten.

Als Symbol für die Unterzeichnerstaaten waren auf dem Rathausplatz 50 Stühle mit den Namen der Unterzeichnerstaaten aufgestellt. Ein weiterer Stuhl (nuclear seat) stand in der Mitte und blieb frei. Ein Transparent wies darauf hin, dass die Bundesregierung die Unterzeichnung des Vertrags verweigert.

Leider gehört auch Bochum zu den Zeitungskreisen mit dem Monopol des WAZ-Konzerns. Die Bochumer WAZ brachte zwar einen Bericht in der online-Ausgabe, nicht aber in der Printversion. Das Bochumer Werbeblatt „Stadtspiegel“ brachte auf Initiative von Frau Dr. Farzin einen ausführlichen Bericht mit dem Foto der Pressestelle der Stadt vom Balkon des Rathauses.

Die Stühle-Aktion wird fortgesetzt. Eine Anzahl von Stühlen soll künstlerisch gestaltet werden. Beim Hiroshima-Tag

soll die Stühle und der leere Stuhl (nuclear seat) wieder eine Rolle spielen. Der leere Stuhl soll aber auch bei geplanten Veranstaltungen zum Antikriegstag am 1.9. und z.B. bei Infoständen eingesetzt werden.



Wolfgang Dominik, Jahrgang 1944, politischer Geburtstag 2.6.1967. Seitdem in der Friedensbewegung und VVN-BdA aktiv.

Marion Lillig

Ver - lagert und vergessen

Das Unrecht, begangen an Asylsuchenden in Deutschland, deren einziges „Vergehen“ es ist, einen Antrag auf Schutz zu stellen, setzt sich fort. **AMOS** hatte zuletzt über die menschenunwürdigen Verhältnisse und Machtstrukturen in den sogenannten Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) für Flüchtlinge berichtet.

Das dem System zugrundeliegende „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“, später ergänzt und auch als „Hau-Ab-Gesetz“ bekannt, trat am 29. Juli 2017 in Kraft und hat u.a. die Verteilung von Flüchtlingen auf Kommunen abgelöst durch eine zwingende, zentrale Verwaltung in Sammelunterkünften.

Einrichtungen, eingezäunt und bewacht durch einen 24-Stunden-tätigen privaten Sicherheitsdienst, kein Zutritt von Besuchern ohne Erlaubnis, Taschenkontrolle beim Betreten, Arbeitsverbot, kein Schulbesuch für Kinder, knappes Sprachlernangebot.

Die physische Versorgung erfolgt ausschließlich über Sachleistungen, d.h. drei Mahlzeiten täglich, Unterwäsche neu, weitere Kleidung über eine nur vom Ehrenamt bestückte Kleiderkammer.

Nordrhein-Westfalen weitete den zeitlichen Verbleib in seinen ca. 30 Einrichtungen von bundesweit 18 Monaten auf 24 Monate aus, das heißt, zwei Jahre Lagerunterbringung. Familien oder Einzelpersonen mit Kindern dürfen zwar nach längstens 6 Monaten raus, das klappt jedoch nicht immer.

Das neue Gesetz fand eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, wurde es doch beworben mit der Aussicht einer finanziellen Entlastung der Kommunen und vor allem dem Versprechen Seehofers, die Zentralisierung verbessere die Zusammenarbeit der Behörden vor Ort, beschleunige dadurch die Asylverfahren und garantiere eine wesentlich schnellere Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Was ist davon geblieben?

Am 19.2.2021 übersandte der Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer dem Innenausschuss des Bundestages den Evaluationsbericht des Forschungszentrums des BAMF zu den Anker- und funktionsgleichen Einrichtungen. Dem Bericht zufolge verlaufen die Prüfungen im Asyl-Erstverfahren zwar 5 Tage schneller, doch die Gesamtlänge bis zur Anhörung dauert durchschnittlich 12 Kalendertage, genau so lange wie zuvor. Auf eine schriftliche Anfrage der Linken Ulla Jelpke musste die Bundesregierung einräumen, dass sich die frühere, durchschnittliche Verfahrensdauer von 8,3 Monaten verlängert habe und im Jahr 2020 auf 8,5 Monate gestiegen war. Und die Abschiebequote? Sie sank sogar von vorher 36% auf nun 33%. Ziel verfehlt, kein Kommentar von Seehofer.

Einzig Gewinner der bundesweiten Unterbringungspraxis sind bis heute die hochprofitablen, privaten Betreuungsdienstleister.

Verlierer, missachtet und vergessen, weil aus den Augen der Gesellschaft, sind die in den Einrichtungen lebenden Asylsuchenden. Das Totschlagargument Corona verhindert zusätzlich seit Beginn der Pandemie auch noch so kleine

Versuche, die Menschen aus ihrer Isolation zu befreien. Hier soll nicht gegen gut begründeten Infektionsschutz geredet werden, es wurde jedoch in allen Einrichtungen ohne mögliche, zu prüfende Organisationsformen vor Ort, jedwede Beschäftigungs- und Unterhaltungsform der völlig auf sich allein gestellten Bewohner und Bewohnerinnen gestoppt. Kein Sprachkursangebot mehr, auch nicht in kleinen Gruppen und großen Räumen, kein Freizeitangebot mehr und vor allem, keine Beratungsstrukturen mehr. Die Bewohner sind zwar dazu verdammt gemeinsam das Virus zu teilen (Anker-einrichtungen haben die höchste Inzidenz überhaupt), aber alle anderen „Angebote“ werden auf „0“ gefahren. Zitat eines Bewohners: „Ich fühle mich nicht wie ein Mensch, sondern wie ein Objekt, über das entschieden wird und ich muss die Entscheidung hinnehmen.“

Das Ehrenamt muss seit einem Jahr völlig draußen bleiben und die Wohlfahrtsverbände haben ihre Beratungen ins Homeoffice verlegt. Für Flüchtlinge ohne deutsche Sprachkenntnisse ist eine telefonische Beratung jedoch keine Option. Auswege werden nicht gesucht.

Ein Sprachdozent eines Betreuungsverbandes berichtet, dass er mit viel Eigeninitiative Lernwillige in der Einrichtung mit Hausaufgaben über den Sicherheitsdienst versorge (der übernehme den „Postdienst“), dass andere Dozenten jedoch Honorare erhielten ohne eine Gegenleistung zu liefern.

Offiziell bestätigt wird die Misere in einer Antwort des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) Düsseldorf zum Stichtag 5.3.2021. Darin wird vermerkt, dass sog. „Tagesstrukturierende Angebote aufgrund des dauerhaft dynamischen Infektionsgeschehens nicht stattfinden können“. Im Klartext: Bildungsangebote für Kinder in ZUEn bleiben inhaltlich und formell Angebote 3. Klasse, weil die von Deutschland unterschriebene UN-Kinderrechtskonvention wohl doch nicht für alle Kinder gilt!

Das ist besonders bitter für Kinder. Minister Stamp hatte den ZUEn bereits vor zwei Jahren ein analoges Schulangebot zugesagt. Bisher findet das in nur fünf Einrichtungen tatsächlich statt und weitere acht Einrichtungen sollen folgen. Alle anderen Kinder sind und bleiben ohne Bildungsangebot. Ein Skandal!

Kritisch zu betrachten ist auch die Mitarbeiterstruktur der Betreuungsdienstleister wie European Homecare, DRK oder Malteser. Sie verantworten das gesamte Geschehen in den Einrichtungen und die Abhängigkeit der Flüchtlinge, ihr Verhältnis zu ihnen entscheidet fundamental den Alltag.

Da ist z.B. das Tätigkeitsfeld der Sozialbetreuung, eine wichtige Säule des Systems, jedenfalls vom Gedanken her. Schaut man genauer hin, hat bis auf die Teamleitung kaum jemand den nötigen, professionellen Hintergrund. Oftmals handelt es sich um Menschen mit eigener Fluchterfahrung, erst einige Jahre in Deutschland, jedoch mit dem Pluspunkt muttersprachlicher Kenntnisse in Sprachen der Hauptherkunftsländer der Bewohner und Bewohnerinnen. Aber ist das allein bereits eine Qualifikation für diese Tätigkeit? Ist da die nötige professionelle Distanz, reicht ein Crashkurs in Pädagogik, um

mit Menschen zu arbeiten, die existentielle Probleme haben? Doch studierte SozialarbeiterInnen oder PädagogInnen werden sich nicht auf diese Stellen bewerben, da sie dann zum Mindestlohn arbeiten müssten. Anständige Löhne würden jedoch den Profit der Dienstleister mindern. Das gilt auch für die Beratungsstellen vor Ort. Dort braucht es ein hohes Maß an Kenntnissen und Erfahrung, doch das Gehalt passt nicht zur Anforderung.

Wer sich dazu informieren möchte, schaue sich im Internet die Ausschreibungen der Betreuungsdienstleister und Wohlfahrtsverbände an. Überall offene Stellen für Sozialbetreuung, Verfahrensberatung oder Beschwerdemanagement. Letzteres ist nicht nur mies vergütet, sondern eine fast immer unbefriedigende Tätigkeit, was die Kündigungen in diesem Feld beweisen. Beschwerden bleiben intern, das ist vertraglich geregelt, nach außen dringen darf nichts, man kämpft für die Bewohner allein auf weiter Flur und irgendwann gibt man auf.

Die zuständigen Bezirksregierungen verweisen auf regelmäßige Kontrollen der Landesunterkünfte, auch, ob ein Betreuungsdienstleister entsprechend der Leistungsbeschreibung arbeite. Internen Informationen zufolge liegt der Fokus auf dem Personalschlüssel bzw. den Dienstplänen, Sicherheitsbelangen und weiteren organisatorischen Anforderungen. Was nicht abgefragt wird, sind Inhalte bzw. Angebote durch die Sozialbetreuung, die Freizeitgestaltung, die Weiterleitung von Angeboten des Ehrenamtes usw. Seit der Pandemie finden die Kontrollen der BR nur noch digital statt, d.h. Begehungen der Einrichtungen fallen weg. Was tatsächlich vor Ort passiert, bleibt im Dunkeln.

Und noch etwas: die ersten ZUE-BewohnerInnen sind nunmehr länger als 24 Monate da. Nun werden sie, wie es das Gesetz vorschreibt, in Kommunen umverteilt. Auch, wenn ihr Asylantrag negativ beschieden wurde. Eine betroffene Kommune hat nur wenige Tage Vorlaufzeit von der Benachrichtigung bis zur Zuweisung. Wo sollen sie wohnen? Wer kennt und/oder unterstützt sie? Deutsch lernen konnten sie nicht, Kontakte in die Gesellschaft konnten sie nicht aufbauen, zwei Jahre ungenutzte Lebenszeit zeigt nun ihre Folgen.

Seehofers Versprechen an die Kommunen war es, nur noch anerkannte Flüchtlinge zuzuweisen. Das hat sich nun nicht erfüllt. Stattdessen werden sich die Städte mit den Problemen einer nachholenden Integration befassen müssen.

Fazit: Ankerzentren/Lager/ZUEn verfolgen eine reine Abschreckungspolitik, haben keinen wirtschaftlichen Nutzen, sondern ihre Spätfolgen durch Desintegration werden unserem Land nicht nur gesellschaftlich schaden. Eine Rückkehr zur dezentralen Unterbringung in die vorhandenen kommunalen Strukturen mit einer ausreichenden, finanziellen Ausstattung und einem starken Ehrenamt ist der Ausweg. Das Geld ist da und sollte nicht auf die jetzige, ineffektive und menschenverachtende Weise verschleudert werden. Es ist dringend geboten, die Mandatsträger in diesem entscheidenden Wahljahr zum Umdenken aufzufordern.

Marion Lillig, Migrationssoziologin, engagiert sich für ein Leben in Würde nicht nur von Zugewanderten. Jeder und Jede hat Respekt verdient. Furcht vor institutionellem Widerstand darf nicht handlungsleitend werden.

Lesetipp

Thomas Schmidinger (Hg.)

The Autonomous Administration of North and East Syria. Between a rock and a hard place.

London 2020, Transnational Press, 207 S., Englisch

„Divided by borders, united by ideas“

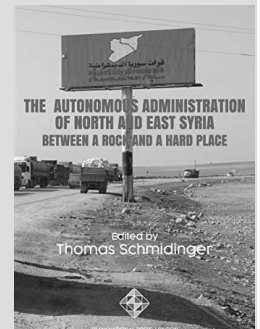
Der Titel beschreibt bereits die Internationalität der Veröffentlichung: Autor:innen aus verschiedenen Ländern sind hier mit Artikeln vertreten, die größtenteils aus Vorträgen einer Konferenz in Österreich Anfang März 2020 entstanden sind. Der rote Faden ist nicht nur das Thema Nordostsyrien und dessen Entwicklung, sondern auch die kritisch-solidarische Beleuchtung der jeweiligen politischen und regionalen Aspekte.

Auf gut zweihundert Seiten gelingt es diesem Sammelband, die lokalen Gegebenheiten, wie auch die internationalen politischen Verstrickungen des Nordens und Ostens Syriens darzulegen. Es bleibt dabei kein bloßes Blitzlicht auf die gegenwärtige Situation. Diese wird zwar in allen Artikeln auch Thema, verbindet diese aber sowohl mit einem Rückblick auf die Gewachsenheit der Situation, wie auch einem (möglichen) Zukunftsausblick.

Die Einleitung gibt einen allgemeinen Überblick über die Geschehnisse der letzten Jahre, der hilfreich ist, um in das Thema einzusteigen und die folgenden Artikel sinnvoll einzuordnen. Es folgen einige Artikel, die die jüngeren Entwicklungen der politisch organisierten syrischen Kurden zum Thema haben, wie auch christliche, jesidische und jüdische Präsenz in der Autonomieregion im Norden und Osten Syriens. Bemerkenswert ist hierbei die Sorgfalt, die auf die Unterschiedlichkeiten der einzelnen Gruppen gelegt wird (insbesondere im Artikel über die verschiedenen christlichen Konfessionen), sowie auch die Besonderheit, dass jüdisches Leben im Nahen Osten abseits von Israel thematisiert wird. Diese Artikel werden außerdem durch Fotos abgerundet.

Im zweiten, längeren Teil des Bandes liegt der Fokus mehr darauf, wie die Lage im Norden und Osten Syriens mit der internationalen politischen Bühne vernetzt ist und sich in Auseinandersetzung mit dieser verändert. Hierzu wird sowohl die interne Entwicklung des politischen Systems in Rojava, wie auch der Kampf gegen den IS einbezogen. Auch die militärischen Operationen der Türkei, die einen facettenreichen Angriff auf die syrische Bevölkerung darstellen, sowie das Zusammenspiel mit den USA, der EU, der UN und Russland werden einzeln beleuchtet. Diese breit gefächerte Analyse der politischen Verstrickungen und Faktoren innerhalb der augenblicklichen Situation bietet sowohl Überblick, als auch Tiefenbohrungen in der Beschäftigung mit der umkämpften Lage im Norden und Osten Syriens.

Rebekka Scheler



Impressum

Herausgeber:

AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Anna Musinszki, Dortmund | Niklas Rokahr, Hamm | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Rolf Euler, Marion Lillig

Endredaktion/Layout: Axel Lippek

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Druck: Halterner Druckerei GmbH,
www.halterner-druckerei.de

Titelbilder 1983 – 2019: Manfred Walz

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Einzelpreis: 5,00 €

Abo-Preis: 20,00 € jährlich inkl. Versand

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Heiko Koch

Die Jugendrevolte `81 in Bochum

Die Jugendrevolte `81 in Deutschland zeichnete sich schon lange vor ihrem Ausbruch ab. Die wachsende Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit, mangelnde Ausbildungsplätze und die Wohnungsnot sorgten für eine große Perspektivlosigkeit und Unzufriedenheit unter den jungen Erwachsenen. Zudem gab es unter ihnen eine weit verbreitete, kritische Stimmung gegenüber einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der die Menschen und die Umwelt zu kurz kamen. So schätzte im Jahr 1979 eine Infratest-Studie „den Anteil ‚alternativer‘ Jugendlicher auf 10 bis 15 Prozent“.

Diese alternativen Jugendlichen sahen die gescheiterten Ideen und Ansätze ihrer Vorgänger der 68-er im demokratischen Umbau der Gesellschaft. Und sie sahen sich mit dem „Modell Deutschland“, ihrer Perspektivlosigkeit und jeder Menge eigener Wut konfrontiert. Dies war die Situation, in der die Hausbesetzungen und Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht in Amsterdam und Zürich 1980, aber auch um das Dreisameck in Freiburg, wie eine Initialzündung zu einer bundesweiten Revolte wirkten und im Jahr 1981 wurden rund 595 Hausbesetzungen in 153 Städten im Bundesgebiet gezählt.

Frühlingserwachen für Besetzungen in Bochum

Auch in Bochum gab es für das Gros der Jugendlichen wenig Perspektiven. Der Alltag war gekennzeichnet von Tristesse und das kulturelle und alternative Milieu beklagte, dass es keine Räume für eine eigenständige Entfaltung gäbe. Schon im Oktober 1980 war es in Bochum zu einer kurzfristigen Hausbesetzung gekommen. Und am 27. März 1981 erfolgte die nächste. Am gleichen Tag demonstrierten rund 500 Jugendliche in Bochum „Gegen Alles“. Ihre Forderungen und Parolen waren eine bunte Mischung all dessen, was die damaligen linksstehenden Jugendlichen umtrieb: Umweltschutz, Atomenergie, die Lage in der „Dritten Welt“, mangelnde Perspektiven, die Situation der politischen Gefangenen und natürlich Wohnungsnot.

In der Folgezeit entwickelte sich eine lokale Kampagne für ein „Autonomes Kulturzentrum“. Ein selbstverwaltetes Kulturzentrum für alle sollte in der Bochumer Innenstadt entstehen. Ausgesucht wurden dafür leerstehende, alte Fabrikgelände.

Ein kurzer Sommer der Autonomie

Zunächst wurde aber im Mai 1981 noch die „Alte Mensa“ an der Bochumer Universität besetzt. Vielen war dies Gebäude aber zu dezentral und das Milieu zu universitär. Lange hatte diese Besetzung nicht Bestand.

Parallel dazu wurde am 16. Juni die erste leerstehende Fabrik auf der Hermannshöhe in der Bochumer Innenstadt besetzt. Die Stadt ließ wahrheitswidrig verlautbaren, dass die seit vier Jahren leerstehende Fabrik dringend für die Verwaltung benötigt würde, ließ sie drei Tage später räumen und abreißen

und 130 Besetzer*innen inhaftieren. Nach mehreren Demonstrationen, bei denen die Polizei auch mit brachialer Gewalt gegen die Besetzer*innen vorgegangen war, besetzten am 27. Juni fast 1.000 Personen den zweiten Fabrikkomplex an der Universitätsstraße. Dort begannen sie mit einem reichhaltigen sozialen, kulturellen und politischen Programm und erhielten regen Zulauf von diversen Jugend-Szenen und -Milieus. Eigenständige Kultur und selbstverwaltetes Jugendzentrum wurde zum Thema Nummer eins unter den jungen Erwachsenen. Und die große Besetzer*innen-Bewegung wurde zu dem bestimmenden Element der lokalen Politik in Bochum. Am 4. Juli kam es zur größten Hausbesetzer-Demonstration. Rund 2.500 Menschen, hauptsächlich junge Erwachsene, machten ihren Unmut über die städtische Politik kund und forderten Räume, Ressourcen und Rechte für sich ein.

In der Folgezeit entwickelte sich das Gelände an der Universitätsstraße zu einem Magneten für alternative Jugendliche, politische Aktivist*innen, Künstler*innen, Punks, Rocker und „drop outs“. In der beginnenden Urlaubszeit blieben aber nur noch wenige Besetzer*innen in der Fabrik. Diese sahen sich den sozialen Problemen auf dem Gelände nicht mehr gewachsen und verließen das Gelände. Daraufhin ließ die Stadt die Hallen eilig abreißen. Die alternativen Urlauber*innen fanden nur noch eine Brache vor.

Herbstliche Gefühle zwischen Legalisierung und Räumungen

In der Folgezeit blieben die Fabrik-Besetzer*innen durch zahlreiche öffentliche Aktionen weiterhin gut sichtbar und es kam zu fünf Hausbesetzungen unterschiedlicher Gruppen, die sich kollektiven Wohnraum versprochen. Zwei Besetzungen im Heusnerviertel erhielten schnell Verträge. Besetzungen in diesem Sanierungsgebiet versuchte man ab 1981 mit niedrigen Mieten für Student*innen über das AkaFö zu verhindern. Von den drei Besetzungen in der Innenstadt wurden zwei umgehend geräumt. Eine galt der Kulturfabrik, die andere kollektivem Wohnen. Allein ein sehr ramponiertes altes Haus blieb längere Zeit besetzt. Die Stadt und die Polizei wollten auf die eine oder andere Art jede Haus- und Fabrikbesetzung in Bochum verhindern.

Winterliche Kälte – Die BO-Fabrik

Im Dezember 1981 kam es mit der Besetzung der BO-Fabrik zur endgültig letzten Besetzung für ein Autonomes Zentrum. Dieser Fabrikkomplex an der Stühmeyer Straße war schon seit 1975 den Bochumer Jugendlichen als zentrales Jugendzentrum versprochen und teuer renoviert worden aber faktisch wurde es ihnen und ihrem Ansatz der Selbstverwaltung vorenthalten. Stattdessen konnte dort 1979 das Bochumer Schauspielhaus mit einer Spielstätte einziehen. Die Nutzungsverträge des Schauspielhauses liefen zum Ende des Jahres 1981 aus und der Abriss der Halle stand bevor. So wurde die BO-Fabrik am 11. Dezember 1981 besetzt.

Die Besetzung dauerte zwei Monate. Es gab Arbeitsgruppen und Vollversammlungen, eine Küche, eine Kneipe, ein Café, Putzpläne, usw.. Es fanden Veranstaltungen zu der Befreiungsbewegung FMLN in El Salvador, zur Revolution in Nicaragua, dem Bürgerkrieg in Nord-Irland, zum Militärputsch in der Türkei, zur polnischen Solidarnosc-Bewegung, der Startbahn West, zur Stadtsanierung usw. statt. Diverse Filme wurden gezeigt, es gab Kabarettauftritte und Konzerte, darunter die Band „Ton, Steine, Scherben“ vor einigen tausend Besucher*innen. Demonstrationen und öffentliche Diskussionen begleiteten die Besetzung. Die Stadt Bochum aber lenkte nicht ein. Der Stadtrat fällte den Beschluss zum Abriss und die BO-Fabrik wurde am 10. Februar 1982 unter massivem Polizeieinsatz geräumt und abgerissen.

Am 22. Februar 1982 kam es noch einmal zu einem Rosenmontagsumzug der Besetzer*innen und am 3. April zu einer Demonstration „Für Alles“ unter dem Motto: „Kein schöner Land in dieser Zeit ...“ Zu Besetzungen für ein Autonomes Kulturzentrum kam es aber nicht mehr. Die Bewegung für ein „Autonomes Zentrum“ war Geschichte.

Die Stadt und die Besetzungen

Für Bochum nahm das Geschehen um ein „Autonomes Zentrum“ die herausragende Rolle in der so genannten „Jugendrevolte '81“ ein. Die Ereignisse um die „Zentrums-Bewegung“ bildeten für viele unangepasste Jugendliche und junge Erwachsene Bochums eine kollektive Erfahrung, weit über die engere Besetzer*innen-Szene hinaus. Hier kamen die verschiedensten Szenen zusammen: Student*innen, Auszubildende, Schüler*innen, Arbeitslose, Rocker, Punker, Künstler*innen, Schauspieler*innen, Musiker*innen und die unterschiedlichsten Bürgerinitiativen und politischen linken Fraktionen. Es kam zu synergistischen Effekten und Lernprozessen, diverse Jugendlichen wurden politisiert und machten ihre ersten Schrittversuche Richtung Selbstständigkeit und Selbstbehauptung.

Für die Stadt Bochum galt das prägende Zitat des damaligen Oberbürgermeisters Heinz Eikelbeck: „*Ein autonomes Zentrum wäre ein dauernder Hort der Unruhe. Unkontrollierte Treffen junger Leute ... sind wenig dienlich.*“ Ein repressives Motto, dem die Stadt Bochum bis heute gegenüber linker Opposition treu geblieben ist.

Konsequenzen aus den Ereignissen der „Jugendrevolte '81“ für die Stadt Bochum waren, dass sie zum einen präventiv eine große Anzahl Straßensozialarbeiter*innen einstellte, zum anderen dem verhandlungsbereiten Teil der Besetzer*innen Zugeständnisse machte. Während einige Mitglieder der Besetzer*innen-Bewegung im Nachhinein noch mit einer ganzen Reihe von Strafprozessen beschäftigt waren, erhielten die „Verhandler*innen“ in den Folgejahren Gelder, Zuschüsse und ABM-Stellen für ihre Wohn- und Kulturprojekte. Für den sozialen Frieden wurde gesorgt.

Heiko Koch, Sozialarbeit (MA), lebt und arbeitet im Ruhrpott, seit seinem Theologie-Studium in den 80er Jahren politisch engagiert, Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Extreme Rechte und soziale Bewegungen

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Peter Bescherer / Anne Burkhardt /
Robert Feustel / Gisela Mackenroth /
Luzia Sievi

Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen

(Raumproduktionen: Theorie und
gesellschaftliche Praxis, Band 36)

2021 – 246 Seiten – 28,00 €

ISBN 978-3-89691-057-8



Jan Grossarth
Heiligenleuchten
Erkundungen (2008 – 2019)

2021 – 170 Seiten – 18,00 €

ISBN 978-3-89691-062-2

Die Finanzkrise von 2008 erschütterte den Glauben an soziale Gerechtigkeit durch Leistung, Arbeit und Sparen. In den folgenden zehn Jahren besuchte Jan Grossarth als Journalist u.a. ein Kirchenschiff auf der Wolga, eine hessische Synagoge, die Töchter eines Märtyrers und eine Fischpräparatorin.

Robert Bosshard

Über das Vertrauen in die Veränderbarkeit der Verhältnisse

Als wäre das Wissen von einer glaubhaften Zukunft weggetaut (Schnee von Gestern), verplätschert und versickert ins Bodenlose. Das stimmt natürlich nicht. Ich weiß, die Jugend hat noch einen eigenen Weg im Sinn, kennt die natürliche Richtung. Aber der Rest? In meinem Umfeld herrschen blamable Verirrungen. Kaum einer weiß, wo er grad steht und wohin er gehen will. Zwar ist bekannt und noch klar und deutlich vor aller Augen: gewollt ist eine am geröteten Horizont erwachende soziale Gerechtigkeit bei zunehmendem gesellschaftlichem Reichtum und wachsender kultureller Vernunft, eine pazifizierte Menschheit.

Aber bereits in der Frühzeit der digitalen Wende, in der wir nach meiner Zeitrechnung stecken, frühmorgens schon, verschleiert uns Aufgeweckte beim Aufstehen ein trüber Nebel jede Aussicht, und also vergeht die Standfestigkeit, wird der Internationalismus zu Heimarbeit umgeschrieben und anstelle von Solidarität Autonomie geschrien, kurzum, privatistische Ideologien fressen sich in unsere sozialistischen Perspektiven hinein, die Begriffe von Freiheit lösen sich vom Sozialen, das konkrete Erleben wird zu einem dieses bloß simulierenden Algorithmus, und das Verständnis von Demokratie wird aufs Administrative reduziert. Gesellschaftlich erstarrt das Persönliche zu statistischer Abstraktion.

Aber lasst sie uns doch hochleben, diese massiven kulturellen Umbrüche unserer Zeit, vergleichbar mit denen, als Dürer die Graphik *Melancholia* in eine seiner Kupferplatten eingravierte, als ein hoffnungsvoller Bauernkrieg tobte, und damals der Buchdruck, wie heute die weltweite Internet-Kommunikation, die ersten Blüten trieb. Unser Zeitalter wird später zwar möglicherweise am Beispiel industriell abgewickelter Genozide, der vollautomatisiert organisierten Umweltzerstörung, sowie wegen der naiven Einführung von künstlicher Intelligenz in die menschliche Vernunft skeptisch bewertet werden, trotzdem, in Aspekten ist vieles an unserem Befinden vergleichbar mit der Epoche, genannt *Aufklärung*. Nur dass wir uns in dem Dilemma vorfinden, dass in unserer Epoche viele der arbeitsteilig produzierenden Gewerke in fragmentierte Serienproduktionen mit schäbigen Fertigelementen übergegangen sind, wodurch die Eigenverantwortlichkeit, Isolierung und Anonymisierung am Arbeitsplatz massiv zugenommen hat, ohne dass kompensatorisch die dadurch freigesetzten kommunikativen Potenziale kooperations-, also öffentlichkeitsfreundlichen Initiativen zugeführt worden wären. Im Gegenteil, die Verschulung der Pädagogik und die Spezialisierung aller Berufssparten entwöhnt seit Generationen breite Bevölkerungsschichten von koedukativer und kooperativer Praxis, schwächt den Glauben an genossenschaftlichen Zusammenhalt und stärkt den Wunsch nach individualisierter Lebenshilfe und Selbsterfahrung. Daraus wurde die für heute typische selbstgefällige Beflissenheit und Ängstlichkeit um die eigene Standfestigkeit, die in allem Fremden nur die eigene Entfremdung sieht, und allein im Spiegel inszenierter Massenevents eine sozial entspannte Zugehörigkeit zu einem Teil der Gesellschaft findet.

Aber jede repräsentative Demokratie bedarf existenziell einer Vitalität (wenn man so will, einer „Lebensenergie“) durch die sie im alltäglichen Leben der Gesamtbevölkerung verankert wird, die sie auf die Verhaltenspraxis der Nachbarschaften verpflichtet und die sie in tausenden Diskursen mit der Alltagssprache ihrer Mitglieder verbindet. So wurden beispielsweise durch Arbeiterfraktionen sozialistische Verfahren in die Demokratiebewegung eingebunden, haben Zellen politischer Parteien ein föderalistisches Verwaltungssystem erzwungen und mutige Kampfgruppen haben ökologische Fehlentwicklungen unterbunden. Und es ist für die heutigen Ermächtigungsprozesse kein Deut weniger Bedarf an derartigen Kräften, denn offenbar ist das Management unserer Gemeinwesen durch die momentanen komplexen Anforderungen derart überfordert, dass ihre Akademien kurzerhand die Sozialwissenschaften abschalten, die Geisteswissenschaften auf Denkmalschutzniveau heruntergestuft werden und die Kunst und deren Medien schlicht zu Stimulations-Attraktionen degradiert sind, und zwar derart radikal, dass schon in den Grundschulen sogar das Singen ausfällt. Da gestaltet es sich eindeutig lebensfroher und perspektivischer, wenn wir uns mit voller Kraft einmischen, denn weder die Ökonomie der Monopolisten noch deren Forschungs- und Lehrinstitute sind in der Lage, die Basisenergie zur permanenten Überprüfung der Repräsentationsfähigkeit unserer repräsentativen Demokratie zu mobilisieren, vielmehr speist sich diese schier unfassbar komplexe Anforderung primär und zu allererst an möglichst vielfältigen das Repräsentationssystem permanent hinterfragenden und modulierenden Basis- und Bürgerinitiativen. Das ist alles.

Robert Bosshard, Jg.1939, robo71@me.com

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

*Brief an eine(n) noch unbekannt(e)n Freund(in).
Liebe mir gegenüber lesender Menschen-Liegen*

es wurmt mich. Eine die existierende Pandemie, irgendwie dieser gleichend, eben schleichend beerbend, macht sich eine sehr gewisse ungewisse Gefahr an Alles und Jedes, an alle heran. Untergräbt meine Sicherheit gewährenden Überzeugungen und lässt mich beeindruckt frustriert zurück. Kommt es von innen oder drückt sich etwas nicht genau Fassbares von außen durch meine Selbstbewusstseinsdichtungen?

Ich versuche mich an einem Lächeln und werde gleich vielleicht in den Garten gehen und dort ein wenig malen. Oder zeichnen? Vielleicht stöbern oder lesen? Mir geht der Lesestoff nicht aus, und es freut mich jedesmal, dass und wenn ich dabei Ermutigendes entdecke. Doch bei aller Entdeckungsfreude gibt es dabei seit einiger Zeit eine merkwürdige Begleiterscheinung. Die zunimmt. Etwas geschieht mit mir. Ich verspüre Veränderungen, die sich meiner bemächtigen.

Ähnlich wie das Klima, das, von uns – wie man so sagt – gemacht, bedrohlich anwächst. Bei mir hingegen gibt es auch eine Entwicklung, nur in umgekehrter Richtung, irgendwie scheint meine Welt in mir einzuschumpfen. Was dort jedoch anwächst, sind einsichtsgebundene Frustration und schmerzende Hilflosigkeit. Das zu bemerken jedoch hilft wenig; im Gegenteil: es dient dazu, dass sich mein schmerzender Rücken fast überhaupt nicht mehr von alleine aufrichten mag.

Heute beim Hundespaziergang hatte ich eine schöne „Begegnung“. Ich habe sie, ein Wolfmilchgeschöpf, fälschlicherweise Butterblume genannt, auch als „Milchscheckel“ bekannt, eine Löwenzahnblüte entdeckt: die erste betonsprengende Pflanze (laut Manfred Walz) in diesem noch sehr kalten Frühjahr. Hat mir ein wenig zu gutem Gefühl verholfen und mich für den kommenden Tag aufgerichtet. Ich weiß keinen ausdrücklichen Rat für solche oder ähnliche Begegnungen, weiß aber, dass es notwendig ist, sich für solche möglichen Begegnungen und Gelegenheiten offen zu machen. Es sind solche Kleinigkeiten, – und da bin ich absolut sicher – eben keine Kleinigkeiten, sondern genau solche Sachen, die noch nicht vom allgemeinen Schimmelpilz eines großgeordneten, noch zu ordnenden Weltversuchs befallen sind, die widerständigen Einfluss nehmen könnten und so unsere Individualität, oder sollte ich nicht besser: unser Einzeldasein sagen, stärken können? Ja, wir haben gelernt, dass die Organisationsfrage von höchster Wichtigkeit sei. Aber das war zu der Zeit, als wir von der (so wie heute) in Frage gestellten Ich-Situation nicht den Hauch einer Ahnung oder Notwendigkeit sahen. Wir waren ganz selbstverständlich die vielen Einzelwesen, die von Einsichten zu Überzeugungen und von da zur Organisationsfrage getragen wurden. Und jetzt erleben wir, wie sich sowohl die damals existierenden Zusammenhänge als auch unsere Stellung darin sich (un)heimlich verändert haben. Wir, d.h. uns ist, d.h. wir sind, d.h. es ist ein weltumspannendes „Organisationskomplot“ herangewachsen, hat sich wie selbstverständlich ausgedehnt und systemische Schwerpunkte besetzt, in dem wir – bei und trotz aller analytischen Mühe – als Einzelne im Ganzen nicht mehr vorzukommen drohen.

Es löscht uns aus.

Wir versiegen wie umgeleitete Flüsse.

Versanden in unfruchtbaren Mühen und erleben, wie eine völlig verregnete Welt zu vertrocknen droht. Doch genau da gilt es, dass du gerade noch bemerkst, dass es dich gibt. Dass du es bist, der als ein „Vieles-Teil-Wesen“, als ein Wesen unter unterschiedlich Vielen, der Menge das Maß für die Dinge und Entscheidungen

vorzugeben hat.

Du bist es, der/die/das sich freut! Du bist der Sonne entscheidender Reflektor, das Ohr in dem unendlichen Raum und von deiner Wahrnehmung hängt es ab, ob es ein schöner melodischer Reigen ist, den du hörst oder ein dich erschütternder Sonnenuntergang dich aufwühlt, den ein Maler gemalt hat. Du stehst am Gestade und siehst die Weite. Du schleckst das Eis und machst Fehler, die dir ein schlechtes Gewissen oder miese Laune machen. Du bist es, der/die oder wer auch immer sich inmitten von vielen emphatisch mitgerissen oder in beschaulicher Einsamkeit in melancholische Tristesse gestürzt sieht. Du allein erlebst das Atmen der Welt! An der Ampel, vor der du stehst und auf Grün wartest, an diesem städtischen Leuchtsignal harrst du, weil du es so gelernt hast. Es kann gut sein, dass an anderen Ampeln in anderen Städten die Menschen nicht so genau auf das farbliche Signal anspringen. Es kann auch sein, dass anderswo anders aussehende Menschen irgendwelche Dinge anders handhaben, dass sie, wenn sie sich begegnen, in anderer Weise „Guten Tag“ sagen und sich gegenseitig friedlicher Absicht versichern. Selbst das wirst immer nur du alleine dir gegenwärtigen können und nicht in Summe als Massenpartikel erleben. Ganz zu schweigen von dem, was wir Liebe zu nennen pflegen. Denn gerade hier, im Geschlechtertrubel, im Aufjauchzen begehrllicher Gefühle und adrenalin-beschleunigten Überschwemmungen, bei werbender Balz und zärtlicher Annäherung, wenn die Vorsichtsmaßnahmen für zwischenmenschlichen Umgang und rituelle Gepflogenheiten außer Betrieb gesetzt sind, dann wirst du deine Ich-heit und dein eigentliches Sosein wieder so zu Gesicht bekommen, wie es in vielen Fällen, dem derzeitigen einsichtsgebotenen Vernunftverhalten geschuldet, nicht sichtbar werden darf. Da zeigt sich das Wesen von einer unverbildeten, von einem keinem Erfolgs-Streben unterliegenden kontrollierten Handlungsschema, als einfach lebend tätig. Dem, da sei sicher, kannst du zuschauen und dabei versuchen, etwas über dich und deine wie-auch-immer-gearbete Struktur, deine Wesensart rauszukriegen. Du wirst dich wundern. Wahrscheinlich, und dann, dann können wir drüber reden und vielleicht danach heraus finden, was mit uns und auf welchem Wege es zu geschehen habe.

Es wird nicht das Paradies sein, das wir, wenn wir uns so begegnen, im Hintergrund als Gegend, als Heimat vielleicht, als Landschaft oder Situation, sehen werden. Vielleicht sind wir auch so erregt von solcher Selbstbegegnung, dass wir nichts von dem mitkriegen werden, was um uns herum passiert. Kann sein! Aber selbst dann ist die zu machende Erfahrung, die Wiederbegegnung, das Wiederentdecken des Ichs eine enorm wichtige Angelegenheit, wenn es um unser Menschsein-Anliegen, wenn es um die Frage geht, nach welchem Bewegungsmuster und in welchem Takt denn Weltgeschehen flanieren solle. Wobei ich schon eine Vorgabe hätte: nämlich die, dass wir uns nicht aufs Marschieren sondern, wie eben erwähnt, aufs Flanieren verlegen sollten.

In diesem Sinne lass dich umarmen und erzähle mir etwas von dem, was dir beim Lesen dieser Zeilen durch deinen Kopf ging. Ich hoffe, dass es mir gelingen konnte, bis in dein Herz mit meinem Anliegen vorzudringen, denn ich weiß zu genau, dass mit unseren geschulten „Abfangjägern“ Verstand und Vernunft eine wirkliche Wahrnehmung sehr oft behindert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird.

Mögen die Zeilen dem gerecht werden, was ich unter Freundschaft verstanden wissen möchte und unter Menschenliebe meine.

Dein Peter Ströge

Viktoria Waltz

Die „Vulnerable Gruppe“ braucht eine neue Perspektive

Seit Beginn der Corona-Krise wird uns die Notwendigkeit vermittelt, zum Schutz der alten Menschen, vor allem der Hochaltrigen, all das zu tun: AHA-Regeln, Lockdown, Geschäftsschließungen, Schließung der Kinder- und Bildungseinrichtungen, Einfrieren kultureller Events etc.

Sind all diese Maßnahmen das einzige, was getan werden konnte, kann? Am 28. Mai 2020 warnte Prof. Nieswandt vom Kuratorium Deutsche Altershilfe: *„Corona hat die Dichtform der Kasernierung nur noch auf die Spitze getrieben und uns damit einen Spiegel vorgehalten. Denn die Gesellschaft ist in Bezug auf die Würde des älteren und alten Menschen nicht gut aufgestellt. Die COVID-19-Pandemie bringt die Gesellschaft in einen fundamentalen Zielkonflikt. Einerseits gilt die Sorge explizit dem Schutz vulnerabler Gruppen und insbesondere dem hohen Alter. Andererseits werden Menschen im hohen Alter in den Pflegeheimen verstärkt dem sozialen Tod infolge von sozialen Ausgrenzungen ausgesetzt. Die Vermeidung des biologischen Todes wird teuer erkauf mit dem sozialen Tod.“*⁽¹⁾

Die „Vulnerable Gruppe“

2019 sind 18 Millionen Menschen, 22% unserer Gesellschaft, über 65 Jahre alt. Mehr als 4 Millionen dieser älteren Menschen, v.a. die Hochaltrigen über 80 Jahre, etwa 2,4 Mio. Menschen, gelten als hilfs- oder pflegebedürftig. Etwas mehr als 100.000 Menschen sind es wegen einer Demenz.⁽²⁾ Auch viele Menschen der ehemaligen Gastarbeitergeneration fallen unter solche Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Vor allem sie fürchten sich vor einer Heimunterbringung.

Was sind ihre größten Probleme?

Es ist neben Einsamkeit vor allem Altersarmut, die etwa 3 Mio. oder 18% betrifft, ältere Menschen mit Migrationshintergrund sogar zu 33,4%, etwa 0,73 Mio. Menschen, voran alleinstehende Frauen.

Als relativ arm gilt, wenn das Einkommen weniger als 1.176 € beträgt. Mehr als eine halbe Million Menschen über 65 Jahre benötigen Grundsicherung im Alter.⁽³⁾ Im bundesweiten Schnitt kostet ein Platz im Pflegeheim monatlich zwischen 1.700 und 2.000 Euro.⁽⁴⁾ Dazu reicht solch Minimal-Einkommen nicht, trotz Pflegeversicherung. Dennoch leben 2,52 Millionen der hilfs- und pflegebedürftigen Menschen in stationärer Heimunterbringung, über 60%.⁽⁵⁾

Was sind ihre Wünsche und Bedürfnisse?

Die Antwort ist eindeutig: egal wie hilfsbedürftig, sie möchten zu Hause sein, in Würde alt werden, in der eigenen Wohnung und Umgebung leben (95%) oder in der Nähe ihrer Familien und in einer lebendigen Nachbarschaft (94%). Alle möchten möglichst lange mobil und aktiv am allgemeinen kulturellen und sozialen Leben teilnehmen können. Über 80% wünschen sich die Bereitstellung altersgerechter, barrierefreier Wohnungen und ebensolcher Zugänge im Öffent-

chen Raum und die Bereitstellung entsprechender Hilfsmittel.⁽⁶⁾

Das ist alles nicht neu und längst bekannt, spätestens seit dem Pilotprogramm „Altersgerechte Stadt im Lichte des demografischen Wandels“ von 2015.

Aber Realität ist: Gerade jetzt ist die Versorgung der Senioren und Seniorinnen wie aller hilfs- und pflegebedürftigen Menschen mehrheitlich weder von Würde, noch Respekt oder Menschlichkeit geprägt. Personalmangel und die Kommerzialisierung von Pflege und medizinischer Hilfe sind geblieben. Zeit für Gespräche, Empathie, Vertrauen oder Förderung sind kaum vorhanden. Familien sind auf sich gestellt und ausländische Pflegekräfte wechseln sich im dreimonatigen Wechsel bei einer 24-Stunden Rundumpflege mit unsicherem Aufenthalt und wenig Lohn ab.

Was hätte neben akuter Gesundheitsunterstützung passieren können, müssen?

Ein Sofortprogramm, etwa so:

„Wir krempeln Hilfe und Pflege um! Millionen für die Senioren und Seniorinnen!“

Jetzt ist die Stunde gekommen, alles für das Altern in Würde zu tun!

Das bedeutet

- den Personalmangel beseitigen
- der ambulanten Versorgung der Hilfs- und Pflegebedürftigen zu Hause und im Quartier Vorrang geben
- die Städte entschleunigen und umbauen
- Wohnprojekte und kultur- und queersensible Wohngruppen im Quartier errichten
- die stationäre Hilfe und Pflege langfristig verringern und aktuell umbauen in ein an Immunität, Gesundheit, Mobilität und Selbständigkeit orientiertes neues System.

Alles unrealistisch? Es gibt viele Beispiele, die auf die jeweiligen Voraussetzungen bezogen umgesetzt werden können.⁽⁷⁾

Ginge es der Regierung tatsächlich um das Wohl der „Vulnerablen“ hätte sie seit März 2020 solche Schritte eingeleitet, statt gerade diese Bevölkerungsgruppe zu isolieren, in Einsamkeit sterben zu lassen und gleichzeitig der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Jugend und den Kindern, wer weiß wie lange noch wesentliche Grundrechte zu nehmen.

⁽¹⁾ <https://kda.de/schutz-und-sicherheit/>

⁽²⁻⁴⁾ diverse Aufrufe von www.destatis.de/ bzw. www.de.statista.com/

⁽⁵⁾ <https://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/Pflegeheim-Wie-teuer-ist-ein-Platz,pflegeheimkosten100.html>

⁽⁶⁾ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214562/umfrage/umfrage-zu-wichtigen-aspekten-fuer-ein-selbststaendiges-leben-im-alter/>

⁽⁷⁾ zu Beispielprojekten siehe „die-menschlichkeits-simulation.pdf“ Rubikon 18.3.2021

Uwe Becker

Postpandemische Normalität: Zurück, wohin?

Der allseits angestrebte Schutz vor pandemischer Verletzbarkeit heißt: Immunität. Man könnte diese Zielperspektive im Sinne des weitgehenden Schutzes vor schweren virologisch bedingten Krankheitsverläufen geradezu als den passageren, also aus akutem Anlass gebotenen und – so ist die Hoffnung – vorübergehenden Gesellschaftsvertrag bezeichnen, dessen individuelle Signatur mehrfach Gestalt annimmt, besonders aber durch die Maske und den Abstand. Nicht Nähe, sondern Distanz offenbart die einvernehmliche Praxis von Solidarität, nicht offenes Visier, sondern das verdeckte Halbgesicht in FFP 2-Format eröffnet paradoxerweise das Bemühen um eine *Vision*: Eine virologisch geschützte Gemeinschaft, an der durch Schließung von Einzelhandel, Kitas und Schulen ebenso gearbeitet wird, wie durch das Anraten der Individuen sich überwiegend in ihrer häuslichen Parzelle aufzuhalten. Die sachliche Verbindung dieser solidarischen Wegstrecke von Gemeinschaft und Immunität verweist auch auf ihre etymologische Verwandtschaft: Das lateinische Wort „munus“ bezeichnete nach römischem Recht die Steuer oder Abgabe, die von jenen entrichtet werden musste, die zur Gemeinschaft der „cum munus“, der späterhin als Community bezeichneten Gruppe der Solidargemeinschaft gehörten. Davon zu unterscheiden war das Privileg der *immunitas*, also der Immunität im Sinne eines von Abgaben und Verpflichtungen entbundenen Lebens. Auf dem untersten Listenplatz der gesellschaftlichen Hierarchie standen hingegen diejenigen, die im Französischen als *démuni*, also mittellos und beraubt bezeichnet wurden.

Die aus der Rechtssphäre entlehnte und in die medizinische Sprache eingepflegte Bedeutung der Immunität meint nun, den denkbar größten Schutz der Gemeinschaft aller, einen durch Ansteckung bedingten Preis zahlen zu müssen, insbesondere den des eigenen Lebens. Auf dem Weg dorthin gibt es jene, die sich virologisch verletzbarer machen. Dieses Prinzip hat schon zu Pestzeiten eine ungleich dramatischere Variante erfahren. Damals, so Foucault, waren es die „Raben“, Menschen von „geringem Wert“, die die Kranken zu tragen und „die Toten zu bestatten“ hatten. Nur begrenzt vergleichbar gilt das auch heute: Es ist die Kassiererin beim Rewe, es sind Ordnungskräfte und Handwerker*innen ebenso wie die Berufsträger*innen im Gesundheitssektor oder im pädagogischen Bereich. Nicht wenige haben das pandemische Nachsehen: In die Arbeitslosigkeit katapultiert, in ihrer unternehmerischen Existenz vernichtet, seit Monaten in Kurzarbeit oder schlichtweg auf kleinstem Raum von 60 qm mit vier Personen bei School Fox und Homeoffice am Rande des familial Verträglich. Andere können sich nicht durch den Rückzug in die eigene Wohnung schützen. Flüchtlinge in Sammelunterkünften wie auch jene in den weltweit größten Freiluftgefängnissen auf den ägäischen Inseln; Alte, an Leib und Seele Gebrechliche in Pflegeheimen, Insassen der Gefängnisse und auch Menschen in Einrichtungen der Behindertenhilfe – die institutionelle Unterbringung ist über Monate hinweg deutlich infektiöser gewesen. Andere haben gar keine Unterkunft: Wohnsitzlose, ob in Bochum in der Bahnhofsunterführung

oder in Köln in Gruppen am Bahnhofshinterausgang, um nur zwei jener virologischen Gefährdungspunkte zu nennen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe schätzt ihre Zahl für 2018 inklusive der geflüchteten Wohnsitzlosen auf 680.000, eine kaum thematisierte Minderheit derer, die *démuni*, also beraubt sind um diese präventive Möglichkeit, sich in virenfreien Privatquartieren aufzuhalten.

Ein weiterer Aspekt: Was heißt nun Normalität? Offensichtlich ist die Zielperspektive des angestrebten Normalzustandes das Zurück zum Ausgangspunkt einer präpandemischen Realität. Das Leiden unter der Krise spricht jener Normalität utopische Qualität zu, sie ist ein Noch-nicht-Ort (U-topos), der aber doch, sehnsüchtig erwartet, in verheißungsvolle Nähe zu rücken scheint. Damit gewinnt diese Normalität selbst eine immunologische Eigenschaft, sie wird immun gegen Kritik. Wenn aber die Normalität von morgen die durch Überwindung der Pandemie erreichte Wiederherstellung der präpandemischen Normalität von gestern sein soll, so ist der Blick kritisch auf diesen Normalzustand als Ausgangspunkt und Zielperspektive zu richten. Denn schon vor Corona ist die Armutsrisikogruppe derer, die unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegen und in ihrer Existenz gefährdet sind, auf fast 16 Prozent angestiegen. Die Zahl der Wohnsitzlosen ist ebenso gewachsen wie auch das Maß an perverser Perfektion der Abschottung von Flüchtlingen. Das Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator feiert gerade unter den Defizitanzeigen pandemischer Rezession eine messianische Anbetung. Man muss sich nur die postpandemischen Hoffnungsszenarien der Reise-, Automobil- und Flugindustrie über die Überbietung präpandemischer Umsatzzahlen vor Augen führen, um zu ahnen, wie groß das Maß der Verdrängung klimatischer Kollateralschäden sein wird. Wenn also Normalität in diesem sozialen und ökologischen Sinne die Wiederherstellung präpandemischer Zustände meint, dann greift wohl der Satz von Walter Benjamin: „Daß es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe.“

Uwe Becker wohnt in Köln und arbeitet in Bochum an der dortigen Evangelischen Hochschule als Professor für Diakoniewissenschaft, Sozialethik und Verbändeforschung u.a. zu den Themen Arbeit, Armut, Inklusion und Zeitpolitik (s. <https://www.becker-sozialethik.de/>)

Lesetipps

Jürgen Link

Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus
Göttingen 2018, Vandenhoeck & Ruprecht, 439 S. mit 27 Abb.
ISBN 978-3-525-37072-8

Jürgen Link: „Coronas Kurven. Das Virus stellt die Frage nach der Normalität. Und nach transnormalistischen Alternativen“: „Gibt es keine Rückkehr zur alten Normalität, und ist die neue Normalität für große Teile der Massen bedrohlich? Das wäre ein GAU des Normalismus – das Zerschlagen des normalistischen Urvertrauens in verlässliche Normalisierung einer jeden Denormalisierung.“ (in: *FREITAG* 33|2020)

kulturrevolution nr. 79: jenseits von corona: welche neue normalität?
Nov. 2020 (Bezug über K-West Verlag, Essen) **AL**

Irene Rasch-Erb

Volkskunst? Heimatkunst? Kitsch?

oder: Was tummelt sich hier im deutschen Wald?

Marl ist weltweit bekannt für seine modernen Skulpturen, die nicht nur im Museum sondern auch jederzeit für alle Menschen zugänglich im öffentlichen Raum präsentiert werden. Es ist kaum ein namhafter Künstler von Arp über Serra, Vostell, Schütte bis hin zu Zadkine, der hier nicht vertreten wäre.

Doch wer sich dieser Tage zum Haardgrenzweg aufmacht, um die neue Waldpromenade des RVR zwischen Marl-Sinsen und Oer-Erkenschwick zu erkunden, reibt sich verwundert die Augen: „Wo bin ich hier? In welcher Zeit bin ich gelandet? Wie viel Heimat muss es sein?“ Auf der 5,5 km langen Strecke, vom RVR für 700.000 € neu gestaltet, soll laut Info-Tafel Grenzerfahrung ermöglicht werden. Ob das der Sinn der 19 seltsamen Holzfiguren ist, die uns hier begegnen? Georg Maurus, gelernter Koch und offenbar künstlerischer Autodidakt aus Hessen, hat Tiere, Pflanzen und lebensgroße Menschen mit der Kettensäge geschaffen. Er schnitzt auch vor Publikum und gibt seine Kenntnisse in Kettensäge-Kursen weiter.

Wer nun in Erwartung einer schönen Wanderung am Sinsener Wanderparkplatz an der Halterner Straße



startet, trifft zur Begrüßung auf eine Mini-Prozession: Ein Kamerad mit Tornister schreitet voran; eine weibliche Figur in Jogging-Dress (?) und Hausschuhen mit großem Busen und geballter Faust, Kopfhörern und Smartphone folgt ihm versonnen. Hinter ihr, entschlossen in die Ferne blickend, hält eine barfußige Frau im Faltenrock jemandem ihr starres Kind entgegen. Natürlich wurde auch an die Tiere des deutschen Waldes gedacht – das scheue Rehböckchen, ein über Baumstümpfe galoppierendes Wildschwein, der stolze Bussard, ein auf uns herabschauender Uhu, um nur einige zu nennen. Aus einem Baumstamm lugt der Fuchs, zwei Hasen spielen aufrecht vor Ähren von der Scholle, und natürlich darf die deutsche Eiche auch nicht fehlen.

An der höchsten Stelle des Weges prüft ein Waldarbeiter – oder ein Blockwart? – mit kantigem Kinn und großen Augen die Umgebung, bevor man am Ende noch auf ein eng umschlungenes, überlängtes Liebespaar und den Großvater

mit Enkel trifft. Drei Kilometer der Route wurden barrierefrei ausgebaut. Wohl deshalb ergänzt noch eine Rollstuhlfahrrin das verwunderliche Sammelsurium. Ihre Brust ist schon gespalten. Das Holz hätte wohl längere Lagerung vertragen. Uns ist am Ende das Herz gespalten. Braucht die Natur eine solche Art von heimattümelnder Dekoration, rückwärtsgerwand in Stil und Botschaft?

Irene Rasch-Erb wohnt in Marl-Sinsen. Sie ging immer gerne am Haardgrenzweg spazieren, doch fühlt sie sich jetzt durch die Holzfiguren irritiert.

Lesetipp

Eva von Redecker

Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen

Frankfurt/M. 2020, S. Fischer Verlag, 320 S., ISBN 978-3-10-397048-7

In diesem Buch wirft die Autorin einen analytischen – und dezidiert weiblichen – Blick sowohl auf die gegenwärtigen Mechanismen des kapitalistischen Profit- und Verwertungssystems als auch zugleich einen ermutigenden Blick auf aktuelle Gegen-Bewegungen, die sich der katastrophalen Gefährdung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten oder der Bedrohung und Entrechtung von Menschen (-leben) solidarisch entgegenstellen.

Sachherrschaft als ein zentraler Begriff der Argumentation dieses Buches bezeichnet die kapitalistische Eigentumsform und -fixierung, die aus Besitz sowohl soziale Herrschaftsverhältnisse als auch die durch die Verfügbarkeit bedingte Verletzungslizenz ableitet, so dass die Erderwärmung als ökologische Variante der Sachherrschaftskatastrophe gesehen werden könne, ebenso wie Artensterben und hemmungslose Ressourcenplünderung.

Sachliche Sachherrschaft koppelt in der kapitalistischen Wertschöpfung Profitmaximierung und eigentumsförmige Verfügung über Arbeitskraft wie auch über Sorgetätigkeit und natürliche Ressourcen.

Mit den Kategorien Phantomherrschaft und Phantombesitz lassen sich gegenwärtige Konfliktlinien erfassen, die sich nicht mehr ausschließlich auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit beschränken: Ungeachtet z.B. der Abschaffung von Sklaverei und patriarchalischem Eherecht sind nicht-weiße Personen (als Migrant*innen, Geflüchtete oder Arbeiter*innen im globalen Süden) im Hinblick auf Mobilität, arbeitsrechtlichen Schutz und Entlohnung deklassiert. Frauen leisten unbezahlte Sorgearbeit, sind häufig in unterbezahlten Sektoren tätig, männlicher Gewalt oder gar der Zumutung ausgesetzt, ihre sexuelle Verfügbarkeit von der Arbeitskraft abzuziehen. Relikte also früherer kolonialer und patriarchalischer Herrschaftsansprüche, die fortwirken.

„Der Kapitalismus hat uns ein Leben in der Hollywoodschaukel versprochen. Stattdessen sitzen wir in einer hoctourigen Achterbahn, deren Gerüst bröckelt....Lässt sich dieser Trip noch anhalten?“

So beginnt der 2. Teil des Buches, in dem es um alle gegenwärtigen Bewegungen geht, die bereits als Teile der Revolution für das Leben angesehen werden können. Bei dieser gehe es nicht um eine Kehrtwende durch rollende Köpfe und heroische Opfer, sondern um eine Weltwiederannahme durch neue Handlungsmuster. Diese seien bereits in den den Zwischenräumen von Herrschaft und Verwertungsmühle zu entdecken, in neuen Formen des Aktivismus sozialer Bewegungen, die sich des Lebendigen annehmen und dem Sterbenmachen entgegen arbeiten. Die Beispiele spannen einen weiten Bogen von Frauenstreiks in Lateinamerika bis hin zu Ende Gelände. In diesen wachsen neue, von Sachherrschaft freie Beziehungsformen und wilde Solidarität“ sowie typische Gesten einer Revolution für das Leben, die auch als Kapitelüberschriften den 2. Buchteil gliedern: RETTEN, REGENERIEREN, TEILEN, PFLEGEN.

Die Überlegungen unterfüttert die Autorin mit persönlichen Erfahrungen und literarischen Einschüben. Bildhafte Analogien zwischen lebendigen Naturprozessen und angestrebtem Aktivismus rufen den Kerngedanken immer wieder in Erinnerung. (Ebenso leser*innenfreundlich sind die unkonventionell gestalteten Zitatnachweise mit Hinweisen zu weiterführender Literatur im Anhang.)

Ute Mark

Dagmar Wolf

Ruth Weiss: Kämpferin gegen Unrecht – Schriftstellerin gegen Vergessen

Ruth Weiss, viel geehrte Zeitzeugin und Autorin, war schon einige Male Gast hier in der Region. Nun kommt sie noch einmal zu uns: Am 1. Juli wird sie im Kunstmuseum Bochum lesen und das Gespräch mit ihrem Publikum suchen. Auch ihren 97. Geburtstag will sie in Deutschland feiern.

Ruth Weiss wurde 1924 in Fürth geboren und konnte 1936 gerade noch rechtzeitig mit ihrer Familie nach Südafrika emigrieren. Sensibilisiert durch das eigene Schicksal als Jüdin und durch ihre Mitarbeit im „Unabhängigen Kulturverein“, einem Zusammenschluss deutscher Emigrant:innen, entwickelt die junge Ruth Weiss schon bald politisches Verständnis und Bewusstsein.

Seit 1960 schreibt sie als Journalistin gegen das Unrecht der Apartheidpolitik in Südafrika, gegen Rassismus und Diskriminierung an. In dieser Zeit lernt sie auch Nelson Mandela kennen. 1966 erhält sie während eines beruflichen Aufenthalts im benachbarten Südrhodesien (heute Zimbabwe) von der südafrikanischen Regierung Einreiseverbot. Als anerkannte Wirtschaftsjournalistin erlebt sie die Jahre der Unabhängigkeitsbestrebungen im südlichen Afrika mit und hat Kontakte zu allen wichtigen afrikanischen Freiheitskämpfern. Ende der 60er Jahre muss sie auch Rhodesien verlassen, da sie zu offen über die weiße Minderheitsregierung und deren Nichtachtung der UN-Sanktionen berichtet.

1980 begleitete sie die Unabhängigkeit Zimbabwes und organisierte das erste Medienseminar für das dortige Informationsministerium. Seit Anfang der 80er Jahre war sie in Harare für den „Zimbabwe Mass Media Trust“ und als Ausbilderin für Wirtschaftsjournalisten tätig. 1989 begann sie dort mit dem Aufbau eines neuen Forschungszentrums, dem „Zimbabwe Institute for Southern Africa“.

All diese internationalen Aktivitäten machen sie zu einer ausgewiesenen Expertin für das Südliche Afrika und regionale Wirtschaftsentwicklungen.

Nach ihrer Berufstätigkeit lebt sie zunächst mit ihrem Sohn in England, später in Deutschland, wo sie häufig zu Vorträgen und Schulbesuchen eingeladen ist. Schon in Afrika hat sie Sachbücher veröffentlicht, aber auch kleinere Erzählungen, oft über das Leben von Frauen, geschrieben. Seit 2015 lebt sie in Dänemark bei der Familie ihres Sohnes und widmet sich mehr und mehr der jüdischen Geschichte, die sie in der Form historischer Romane bearbeitet.

Ruth Weiss schreibt unermüdlich: Mit ihren Erinnerungen zur Zeitgeschichte, als Romanschriftstellerin gegen Antisemitismus und Ausgrenzung.

Dagmar Wolf, früher im Kulturzentrum Bahnhof Langendreer verantwortlich für entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit und Lesungen internationaler Autor:innen.

Lesetipp

Ruth Weiss

Die Löws. Eine jüdische Familiensaga in Deutschland

Verlag Edition AV, Bodenburg, 1.230 Seiten in 7 Bänden

Ruth Weiss hat mit „Die Löws“ einen populären Roman über jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum vorgelegt. Das Format der Familiensaga erlaubt der Autorin, die Schicksale über mehr als drei Jahrhunderte nachzuzeichnen. Der Roman ist fiktiv – aber was den Familienmitgliedern über die Jahrhunderte geschieht, ist profund recherchiert und historisch verbrieft. Ruth Weiss lässt die Geschichte lebendig nachvollziehen, niemals lässt sie sie zur Kulisse verkommen. Mit Anleihen bei verschiedenen Genres: Abenteuerroman, Krimi bis hin zu Spionageromanen belebt sie die siebenbändige Saga.

Daniel Löw ist einer der vielen armen Juden in der Zeit unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg. Um der Armut zu entgehen, wird er zum Räuber, am Ende mit einer eigenen Banditenbande. Der 2. Band erzählt von der Entführung mit Zwangstaufe der kleinen Hannah und führt in Strukturen und Bedeutung des jüdischen Familienlebens ein.

Im 18. Jahrhundert sind die Nachkommen des Daniel Löw gut etabliert. Die Gründung einer Bank und deren europaweite Vernetzung, die durch die weitverzweigten und grenzüberschreitenden Familienstrukturen ermöglicht wird, stehen beispielhaft für den Aufstieg der deutschen Juden im 19. Jahrhundert. Gleichzeitig sind sie von der Welt der deutschen Kultur und Literatur angezogen, sind mehr und mehr in die bürgerliche Gesellschaft integriert, obwohl doch auch immer wieder mit Vorurteilen konfrontiert. Die Reichsverfassung von 1871 machte alle deutschen Juden zu gleichberechtigten Bürgern. Die politischen Hoffnungen einiger der jungen Löws erfüllen sich jedoch nicht.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehören die Löws zum deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben und begleiten die Industrialisierung des Landes. Gleichzeitig entwickelt sich eine neue Art Anti-Judaismus, später als Antisemitismus bezeichnet. Im Ersten Weltkrieg kämpfen auch junge Löws, mehrere verlieren ihr Leben, darunter zwei Söhne des Bankiers Paul Löw. Die Schatten der Nachkriegszeit lasten auf der Familie. Bereits 1933 wird die Bank arisiert. Die ersten Löws verlassen das Land. Den Horror und Terror des deutschen Faschismus thematisiert Ruth Weiss anhand des Schicksals der Löws, das Ausgrenzung, Auswanderung, Versteck im besetzten Holland, Inhaftierung in KZs und Ermordung beinhaltet. Die weit verzweigte Verwandtschaft führt die Geschichte auch ins Warschauer Getto. Die Shoah hat das Familienleben der Löws in Deutschland beendet, aber in Israel kommen sie in den 50er Jahren zusammen: die Überlebenden, Emigranten und deren Nachkommen.

In „Nachspiel“ schreibt Ruth Weiss über alte und neue Nazis im 21. Jahrhundert. Mit einer Erbschaft erfährt eine junge Berliner Künstlerin von den Löws, sie vertieft sich in deren tragische Lebensgeschichte. Als ihre Freundin, eine junge Asylbewerberin, ermordet wird, führen die Ermittlungen, die auf Islamisten und Neonazis hinweisen und dunkle Kapitel des BND beleuchten, einige der Nachkommen der Löws zusammen.

Am Ende begegnen sich in „Die Mischpoche“ die Familienzweige der christlichen und der israelischen Löws und entdecken gemeinsam noch einen erstaunlichen Pfad in der Familiengeschichte.

Jeder der 7 Romane erzählt eine abgeschlossene Geschichte und kann unabhängig voneinander gelesen werden: (1) Der Judenweg, (2) Die Nottaufe, (3) Der Aufstieg, (4) Der Niedergang, (5) Schwere Prüfung, (6) Nachspiel, (7) Die Mischpoche; einzeln: 106 €; komplett im Schuber: 96 € (ISBN 978-3-86841-269-7)

Als überaus produktive Autorin von Historienromanen erzählt Ruth Weiss weiter von wechselhaften Schicksalen jüdischer Protagonisten. Ihr Werk umfasst bereits mehrere Romane, weitere Veröffentlichungen sollen folgen. Einige Romane wurden nicht nur ins Englische übersetzt, sondern auch hierzulande als Schullektüre ausgewählt. *DW*



Ralf Syring

„Denkt nicht, dass sie euch so sehr lieben.“

Kollektive Erinnerung während der Pandemie?

Bereits im Juni 2020 hat der damalige Präsident Tansanias, John Pombe Magufuli, die Pandemie durch SARS-CoV-2 für im Land besiegt erklärt. Von da an wurde nicht mehr auf SARS-CoV-2 getestet. Es gibt also keine Informationen mehr seit dieser Zeit, die Auskunft darüber geben, ob es dieses Virus in Tansania noch gab und gibt. Die Weltgesundheitsorganisation hat das mehrmals beanstandet. Doch der Präsident blieb in seiner Haltung unerschütterlich. Dem Präsidenten zu widersprechen, galt als inopportun und konnte wohl unangenehme Folgen haben – so sagten es Menschen, die sich politisch der Opposition zurechneten und viele, die Angst hatten.

Das Leben hatte unter diesen Bedingungen angenehme Seiten für alle, die wir vom Virus verschont blieben oder nichts von ihm merkten. Es gab keinerlei Einschränkungen in der Öffentlichkeit. Das ermöglichte ein Gefühl von Freiheit und gar Überlegenheit im Vergleich zu anderen Ländern, auch solchen in der nahen Umgebung. Doch es gab auch Menschen, die krank wurden, auch solche, die starben an „untypischen Lungenerkrankungen“. In einem Land wie Tansania sterben die Menschen überwiegend nicht auf Intensivstationen sondern in ihren Familien. Es gibt keine Statistik zur Übersterblichkeit. Es ist nicht bekannt, was geschah und geschieht.

Im vergangenen Oktober wurde der Präsident für eine zweite Amtszeit wiedergewählt – mit einer überwältigenden Mehrheit, wie es offiziell bekanntgegeben und von Oppositionellen bezweifelt wurde. Der angebliche Sieg über die Pandemie mag ein Faktor bei der Wahl gewesen sein. Viele, auch Skeptiker gegenüber der offiziellen „Corona-Politik“, rechneten es dem Präsidenten als Verdienst an, dass er das Land vor einer Panik bewahrt habe, den Zusammenbruch der Wirtschaft verhindert habe. „Wirtschaft“ ist in diesem Land zu einem ganz großen Teil der sogenannte informelle Sektor. In dem gibt es keine Regelungen. Da wird nur etwas verdient, wenn gearbeitet wird. Da gibt es keine Verträge und keine soziale Absicherung. Und da bedeutet „Lock-down“ Zusammenbruch.

Es kamen die Nachrichten über die Existenz von Impfstoffen. Nachrichten sind kaum zu blockieren, auf keinen Fall in einem Land, das sich seine Einnahmen aus dem Tourismus nicht entgehen lassen möchte und froh war über die mit Touristen vollen Flugzeuge, die aus Amsterdam, Addis Abeba, Istanbul und Dubai auf Sansibar landeten.

Während die Anzahl der Menschen, die mit den „untypischen Lungenerkrankungen“ in die Krankenhäuser aufgenommen wurden, zunahm, sah sich der Präsident offenbar genötigt, sich zu den Auswirkungen der Pandemie im Land zu äußern. Er tat es Ende Januar 2021 in einer Rede im Silayo Forstprojekt im Norden des Landes.

Der Internet-Nachrichtendienst IPPMedia (<https://www.ippmedia.com/en/news%20jpm-skeptical-vaccines-advoca>

tes-herbal-remedies) berichtete darüber am 28. Januar 2021 so (eigene Übersetzung):

„... der Präsident sagte, es gebe mehr Fragen als Antworten bezüglich des Engagements der weltweiten Impfstoff-Industrie, Afrikanerinnen und Afrikaner und die Welt vor Krankheiten zu retten. Sich auf die Covid-19 Pandemie beziehend, riet Dr. Magufuli davon ab, verschiedene Impfstoffe anzunehmen, die entwickelt und zugelassen wurden. Stattdessen rief er Tansanierinnen und Tansanier dazu auf, sich auf traditionelle Heilmittel wie die Inhalation von Dämpfen zu verlassen. ‚Wenn sie (die Impfstoff-Entwickler) es ernst meinten, hätten sie uns schon Impfstoffe gegen HIV, Krebs, Tuberkulose und Malaria gebracht. Seid vorsichtig mit den Dingen, die von außerhalb gebracht werden. Denkt nicht, dass sie euch so sehr lieben‘, sagte er der Versammlung.“

Frantz Fanon und Albert Memmi haben „kolonisierte Menschen“ eindrucksvoll beschrieben. Sie sind mit der formalen Auflösung der Kolonien nicht verschwunden. Doch sie haben sich geändert. Es gibt ein tief verwurzeltes kollektives Misstrauen gegenüber allem, was „von außen“ kommt, besonders von jenem „Außen“, dem auch die ehemals ganz offiziell Herrschenden angehörten. Die kommen heute oft als „Helferinnen“ und „Helfer“. Doch das ändert nichts daran, dass der politische Diskurs sich leicht auf dieses Misstrauen beziehen kann – ganz gleich, ob damit sinnvolle oder unsinnige, hilfreiche oder gefährliche Botschaften verknüpft werden. Vielleicht ist die kollektive Erinnerung das nachhaltigste Element dessen, was die Kolonialherrschaft in afrikanischen Gesellschaften hinterlassen hat.

John Pombe Magufuli ist am 17. März 2021 im Alter von 61 Jahren gestorben – kurz nachdem der Vizepräsident von Sansibar nach offizieller Mitteilung an Covid-19 gestorben war. Die offizielle Mitteilung nach dem Tod von Präsident Magufuli nannte eine Herzkrankheit als Todesursache.

Ralf Syring, Kinderarzt, gegenwärtig in Tansania als Leiter eines Teams, das die Neugeborenenversorgung und die Geburtshilfe in zwei Regionen des Landes verbessern helfen soll.

Lesetipp

Brot für die Welt, Ev. Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (Hrsg.)
Atlas der Zivilgesellschaft: Freiheitsrechte unter Druck.
 Schwerpunkt Corona – Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.
 München 2021, oekom Verlag, 96 S., ISBN 978-3-96238-305-3

Zivilgesellschaftliche Akteure haben weltweit immer begrenzte Handlungsräume. Nur rund drei Prozent der Weltbevölkerung genießen uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten. In etlichen Ländern haben Regierungen diese Freiheiten im Pandemiejahr 2020 unter dem Vorwand des Infektionsschutzes noch weiter beschränkt.

Brot für die Welt gibt den Atlas der Zivilgesellschaft jährlich in Kooperation mit CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung, heraus. In dieser Ausgabe verdeutlichen Berichte aus fünf Weltregionen sowie aus den Ländern Kolumbien, Simbabwe, Kambodscha, Georgien, El Salvador und den Philippinen die gegenwärtige Situation.

– Gerade auch Atlanten sollten immer noch mal hinterfragt werden.

IWWKf

Rolf Euler / Hartmut Dreier

Menschenort 48

Marianne Wodarczak auf neuem Weg

Kann eine stillgelegte Druckerei „Menschenort“ sein? Kann ein wilder Garten als Kontrastprogramm dazu gehören? Ja – bei Marianne Wodarczak. Wir sind zu Besuch in dem Familien-Haus, ein Holzständerhaus, Ziegelsteine, Tonfliesen, viele Fenster, hinter dem Druckereigebäude, das nun stillliegt – aber noch atmet bis zur Abwicklung, denn das Druckleben geht in andere Hände, nach Haltern an die „HD Halterner Druckerei“. Unter anderem auch: der **AMOS**-Druck.

Marianne Wodarczak war immer die Kontaktfrau vorne, ihr Mann Paul als Chef war immer im Raum dahinter. Ein Team ganz unterschiedlicher Kreativität: sie vorne als „Multi-Talent“ für alles (alles auch gleichzeitig); er hinten, konzentriert, der ruhende Pol, mit allen Drucktechniken vertraut und Chef. Sie war, auch für **AMOS**, Ansprechpartnerin und freundlich-bestimmte Kennerin.

Im Laufe vieler Jahre, seit 1971, haben sich die Wodarczaks entwickelt mit der technisch „revolutionären“ Rationalisierung der Branche, die schildert Marianne uns detailliert. Vom Druckapparat im Schlafzimmer, über den Setzkasten, Bleisatz, Fotosatz, modernste und immer neue Verfahren bis zu DTP – computergestütztem Layout, Vorstufe, Bildgestaltung bis zum Druck, mit immer weniger Menschen, immer weniger handwerklich. „Früher waren Drucker Künstler, mit Erfahrungswissen. Heute ist die Individualität verloren.“

In Marl-Lenkerbeck, nahe an der Haard, im Hintergrund ein schöner alter Waldbestand, stockten sie auf und hatten zeitweise 20 Beschäftigte mit Tarifverträgen, darunter viele Jahre lang neun Auszubildende, je drei pro Lehrjahrgang. Ein Familienbetrieb, der von Wirtschaft, Kirchen, Behörden und Vereinen geschätzt wurde. Als Paul Wodarczak vor fünf Jahren starb, machte Marianne weiter, aber mit dem Vorsatz im Kopf: danach mache ich mein Ding.

Was wird, wenn die Druckerei entfällt?

Wir blicken durch die großen Fenster in einen leicht abschüssigen Hanggarten mit Vögeln, Schmetterlingen, Sträuchern, Blumen, Rankgerüsten und im Hintergrund Jahrhunderte alte knorrige Eichen in einem kleinen Wald. Dieser Garten ist der neue „Menschenort“.

Immer schon entwickelte Marianne nächste, neue Schritte. „Ich kenne keine Probleme, aber Lösungen.“ Schon 20 Jahre lang, „nebenbei“, beschäftigte sie sich mit Gärten und Garten-Therapie, entwickelte sieben Jahre lang ehrenamtlich das „Projekt außerschulischer Lernort“ mit AGs von Kindern einer benachbarten Grundschule. Der Träger ist der Gewerbepark Marl-Lenkerbeck. Sie retteten darin ein städtisches Grundstück vor der Verwahrlosung. Dort legten sie eine Benjeshecke an, pflanzten Obstbäume, ein Geschenk der Stadt Marl, kümmerten sich um Wildkräuter, und beobachteten Insekten, als das noch gar nicht „Mode“ war. Marianne sieht mit Sorge, dass Kinder, Heranwachsende und Erwachsene keine eigenen Erfahrungen mit Erdboden, Wind und Wetter, einfachen Handarbeiten wie z.B. Säen, Pflegen, Ernten und Verarbeiten der Ernte, einfach mit der Natur machen; dass dabei Kreativität und Fingergeschick, Stehvermögen nicht

wachsen, sich nicht bewähren können. Eins ihrer Lieblingsbücher ist „Das letzte Kind im Wald“ von Richard Louv, sie teilt Richard Louv's Appell „Geben wir unseren Kindern die Natur zurück!“

Marianne ist unermüdlich. Im Garten zeigt sie, wo sie schrittweise Weiteres entwickelt: neben dem „Projekt außerschulischer Lernort“ ist ein „Garten der Sinne“ entstanden. Hier und im Haus möchte sie besonders sensible Kinder und Jugendliche (sog. Asperger-Menschen) begleiten, sie „bejaht ihr Anderssein“. Sie spricht nicht von „Therapiegarten“. „Ich



benutze das Wort Therapie nicht, denn Asperger-Menschen sind nicht krank, sondern aktiv, sensibel-übersensibel, „anders“ als wir; aber ich kenne solche Menschen schon lange.“ – Sie schätzt Maria Aarts mit ihrem pädagogischen Ansatz „Marte Meo“ („jeder Mensch wird mit einer Goldmine geboren“). Sie entwickelt Wege der

Wahrnehmung „mit allen Sinnen“, Gartenräume, die auch zum Ausruhen und Entspannen genutzt werden. Wichtig ist ihr der ganzheitliche Ansatz.

Im Garten sehen wir räumliche Inseln aus Blumen, Sträuchern, Feldsteinen oder Holzstämmen. Sie macht aus allem Etwas; zwei ererbte Holzbetten ihrer Schwiegermutter („Die darfst Du nie wegwerfen, hat sie mir eingeschärft, denn sie hat die beiden Betten zu Beginn ihrer Ehe bei einem jüdischen Möbelhändler gekauft und in der Weltwirtschaftskrise bei ihm Pfennig für Pfennig abbezahlt.“) hat sie verwandelt in ein Hoch-Beet und ein Ruhebett für Entspannung. Beide sind nun ein wohltuender Ort in dem windgeschützten Garten.

Eigentlich wären es zwei Beiträge für **AMOS**, zwei „Menschenorte“. Aber Mariannes Leben sprudelt „in eins“ mit Energie und Plänen. Sie lebt mehrere Leben gleichzeitig. Wo andere sich in ihrer Rente zur Ruhe setzen, verwirklicht sie, was sie immer schon – mindestens zwanzig Jahre lang – gewollt hat. „Die Druckerei war Pauls Ding und ich habe als seine erste Mitarbeiterin meine Kreativität eingesetzt und mein Bestes und Alles gegeben. In meinem Alter kann ich nun das verfolgen, was in mir lange angeklopft hat. Meine erwachsenen Kinder und Enkel ziehen mit.“ Wir genießen den wilden Garten, den selbstgepressten Apfelsaft, die vielen Erzählungen und fühlen: hier werden sich Mariannes „Kinder“ nach Corona bestens begleitet fühlen können.

Rolf Euler (s.S. 6)

Hartmut Dreier ist seit 1977 in Marl. In der Druckerei Wodarczak wurde seit Anfang der 1990er Jahre **AMOS** gedruckt und auch in anderen Zusammenhängen freundeten wir uns an.

Israelische Jüdinnen und Juden – Mai/Juni 2021

Aufruf zum „Stopp der israelischen Apartheid!“

Ein offener Brief an die internationale Gemeinschaft

Wir, jüdische Israelis, lehnen die Handlungen der israelischen Regierung ab und verpflichten uns hiermit dazu, gegen sie vorzugehen. Wir weigern uns, das Regime der jüdischen Überlegenheit zu akzeptieren und rufen die internationale Gemeinschaft zur sofortigen Verteidigung der Palästinenser in Gaza, der Westbank, Jerusalem, Galiläa, dem Negev, al-Lydd, Yafa, Ramleh, Haifa und im gesamten historischen Palästina auf.

Jüdische Vorherrschaft ist der Eckpfeiler des israelischen Regimes, und sein Ziel ist es, das palästinensische Volk, ihre Geschichte und ihre nationale Identität auszulöschen. Dieses Ziel manifestiert sich in fortlaufenden Aktionen ethnischer Säuberung durch Vertreibungen und Hauszerstörungen, durch brutale militärische Besatzung, Verweigerung von Bürger- und Menschenrechten und die Durchsetzung einer Reihe von rassistischen Gesetzen, die im Nationalstaatsgesetz gipfeln, das den Staat als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“, und nur dieses Volkes, definiert.

Durch all dies wird ein Apartheid-Regime geformt, das Bantustan- und Ghetto-ähnliche Gebiete für die einheimischen palästinensischen Gemeinschaften schafft. Wir glauben, dass der Zionismus ein unmoralisches Regierungsprinzip ist, das von Natur aus zu einem rassistischen Apartheid-Regime führt, das seit über sieben Jahrzehnten Kriegsverbrechen begeht und den Palästinensern grundlegende Menschenrechte verweigert. Jene Verbrechen und Verstöße beinhalten: die Zerstörung von Hunderten von Städten und Dörfern und die Entvölkerung der 750.000 Palästinenser, die ursprünglich darin wohnten im Jahr 1948; die aktive Verhinderung der Rückkehr von Geflüchteten; die systematische Enteignung von Land der Palästinenser und dessen Überführung in jüdischen Besitz unter der Schirmherrschaft des Staates; die Besetzung der Westbank, des Gazastreifens und der Golanhöhen und die Anwendung eines kolonisierenden Militärregimes, das über Millionen von Palästinensern herrscht; die schrittweise Annexion der 1967 besetzten Gebiete durch gewaltsame Verwaltung der Bevölkerung; die andauernde Belagerung des Gazastreifens und die anhaltenden Massaker an der Bevölkerung des Gazastreifens durch die israelische Luftwaffe; die politische Verfolgung von Palästinensern in ganz Palästina und die andauernde Hetze gegen die politische Führung und die Gesellschaft im Allgemeinen. All diese Grausamkeit findet statt, weil Israel von der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den Vereinigten Staaten Straffreiheit erhält.

In den letzten Wochen hat die israelische Regierung ihre Versuche verstärkt, palästinensische Häuser in Ost-Jerusalem zu beschlagnahmen (besonders im Stadtteil Sheikh Jarrah) und jüdische Siedler darin unterzubringen. Ziel ist, die Judaisierung der Stadt, die 1967 begann, zu vollenden. Während des Ramadans verstärkten die israelischen Streitkräfte ihren gewaltsamen Angriff auf das Gelände der Al-Aqsa-Moschee und gaben den Siedlern grünes Licht, Palästinenser im Westjordanland, in Jerusalem und in den gesamten 48er-Gebieten

zu belästigen und körperlich zu verletzen. Mobs von Siedlern agieren unter der Schirmherrschaft und in Koordination mit der israelischen Polizei. Die israelischen Medien beteiligen sich an der Hetze gegen arabische Bürger Israels. Als Ergebnis erhalten die jüdischen Mobs Straffreiheit für ihre Gewalt, während Hunderte von palästinensischen Bürgern Israels verhaftet werden, weil sie ihre Häuser und Gemeinden geschützt haben, oder einfach nur, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Während wir diese Erklärung schreiben, begeht Israel ein weiteres Massaker im Ghetto von Gaza. Israel hat mehrere Angebote von Dritten abgelehnt, mit Hamas-Vertretern über ein Waffenstillstandsabkommen zu verhandeln und bombardiert weiterhin Stadtteile in Gaza. Die unmenschliche Belagerung von etwa zwei Millionen Personen geht weiter.

Als Individuen, die auf der Seite der Unterdrückenden stehen und die seit Jahren versuchen, die öffentliche Meinung in Israel zu verändern, um die Grundlagen des gegenwärtigen Regimes zu ändern, sind wir längst zu dem Schluss gekommen, dass es unmöglich ist, das jüdische Vorherrschaftsregime ohne Intervention von außen umzuwandeln.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, sofort zu intervenieren, um Israels gegenwärtige Aggressionen zu stoppen, die Forderungen der palästinensischen Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung anzunehmen; auf die Verwirklichung des palästinensischen Rückkehrrechts hinzuwirken und historische Gerechtigkeit herbeizuführen; eine gerechte und demokratische Lösung für alle zu erreichen, die auf der Entkolonialisierung der Region und der Gründung eines Staates für alle seine Bürger beruht.

Israelis Against Apartheid

Die Unterschriftenliste (siehe unter dem englischen Text: <https://jews4decolonization.wordpress.com>) enthält Anfang Juni bereits mehr als 850 Namen bekannter jüdischer Persönlichkeiten. AMOS-LeserInnen sind u.a. Iris Hefets, Jeff Halper, Ilan Pappé, Michel Warshawski besonders bekannt durch ihre Artikel und Bücher.

Lesetipps dazu

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e.V. - BIP Aktuell 173: Wer und was ist die Hamas?

Geschichte und Entwicklung der Bewegung des islamischen Widerstands – www.palaestina-portal.eu/2021_06_06.html

Noam Chomsky: Interview mit Emran Feroz
für www.nachdenkseiten.de/?p=72775

Heiko Flottau: Hamas und die leeren Schlagworte
www.journal21.ch

und immer tagesaktuell: www.palaestina-portal.eu

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

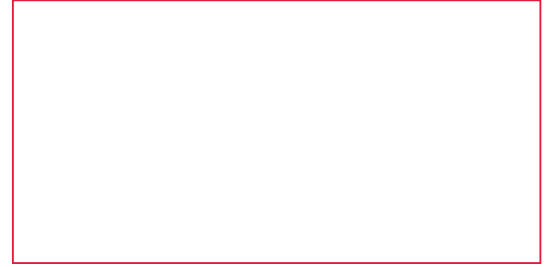
Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —



Ab und zu kann man ein Wunder schon brauchen

Ein beglückendes Kinderbuch über Abschied und Neuanfang



128 S., geb., € 14,-
ISBN 978-3-7795-0664-5

Für den 9-jährigen Rascha ist Ima der liebste Mensch. Im Gesicht seiner Oma steckt immer ein Lächeln, auch wenn sie ernst guckt. Ima macht nicht viele Worte – und wenn, dann sind es Felsbrockensätze, so kraftvoll, dass keiner an ihnen vorbeikommt.

Als Ima entscheidet, ins Seniorenheim zu ziehen, weil sie die Treppen nicht mehr schafft, kommt die Familie ziemlich durcheinander. Doch zum Glück ist das Heim nicht weit und hier geschieht eines Tages ein kleines Wunder für Rascha ...

Die Geschichte einer Familie in Wandel,
warmherzig und humorvoll.

